E&W
Erziehung & Wissenschaft
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 12/22_01/23

Sehenden Auges

Fachkräftemangel in der Bildung

CORONA-FOLGEN

In der Pandemie war das Kita-Personal hohen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. **Seite 24**

ALARMIEREND

Kinder aus sozial benachteiligten und Familien mit Migrationshintergrund weiter abgehängt. **Seite 28**

UNTER DRUCK

Ein guter Ganztagsunterricht in der Grundschule braucht mehr Geld, Räume und Personal. **Seite 32**

premium-bahnagentur
die bahnfüchse DB

Seit 18 Jahren!

GÜNSTIGE GRUPPENREISEN MIT DER BAHN

Drei reale Beispiele aus unserer täglichen Arbeit:

Klassenfahrt Inland

- Frankfurt a. M. - Stralsund
- Angebot aus Januar 2022 für Mitte Mai 2022
- einfache Fahrt
- 16 Personen ab 15 Jahre
- 40 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur
20,56 € p. Person
Insgesamt sparen Sie
856,- €*

Klassenfahrt Ausland

- Köln nach Straßburg (F)
- Angebot aus Januar 2022 für Fahrt Montag auf Freitag im Mai 2022
- Schnellfahrstrecke via FFM
- Hin- und Rückfahrt
- 4 Personen ab 15 Jahre
- 20 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur
41,70 € p. Person
Insgesamt sparen Sie
507,20 €*

Klassenfahrt Ausland

- Berlin - Innsbruck (A)
- Angebot aus Januar 2022 für Juni 2022
- Hin- und Rückfahrt
- 14 Personen ab 15 Jahre, davon 4 Begleitpersonen
- 16 Personen bis einschließlich 14 Jahre

Bei uns nur
50,97 € p. Person
Insgesamt sparen Sie
1.047,- €*

Diese Preise gelten auch für jeden anderen Zielbahnhof in Tirol.

Ihre Klasse kommt auch günstiger ans Ziel!

Diese großen Ersparnisse können wir in zwei von drei Anfragen erzielen - von und bis zu jedem Bahnhof in Deutschland sowie den angrenzenden Nachbarländern.

Nutzen Sie unsere langjährige Expertise für Ihre klimafreundliche Klassenfahrt dank unserer Hand- und Kopfarbeit im Tarifdschungel. Sie ist nicht durch Computeralgorithmen zu ersetzen.

Fragen auch Sie gerne bei uns kostenfrei und unverbindlich an!

* Ersparnis gegenüber eigener Buchung woanders.

die bahnfüchse GmbH · Mahlsdorfer Straße 1 · 12555 Berlin · klassenfahrt@bahnfuechse.de

www.bahngruppen.reisen

INHALT

Impressum 3
Auf einen Blick 4
Prämie des Monats 5

Schwerpunkt

Fachkräftemangel in der Bildung

Berliner Schulen: Belastungen von allen Seiten 6
Schulbarometer: Erholung kaum noch möglich 10
Sozialarbeit: Der Optimismus schwindet 12

Kita: „Wir verlieren die Freude am Job“ 16
Hochschule: „Die Decke ist dünn“ 20
Weiterbildung: Viele werfen das Handtuch 22

Ergänzender Beitrag auf der GEW-Website: Studienergebnisse zum Fachkräftemangel unter **gew.de/ew-12-22**

Jugendhilfe und Sozialarbeit

Kita-Beschäftigte: Folgen der Corona-Pandemie 24

Schule

Gutachten: Big Data im Bildungsbereich 26

Hintergrund

Chancengleichheit

IQB-Bildungstrend: Alarmierende Ergebnisse 28
Interview mit Prof. El-Mafaalani zur IQB-Studie 30

Schule/Jugendhilfe und Sozialarbeit

Interview mit Mark Rackles zum Ganztag 32

Gesellschaftspolitik

Heime 1949 bis 1975: Kinderseelen gebrochen 34

Hochschule und Forschung

Wann kommt der Tarifvertrag für Studis? 37

Internationales

Brasilien: Fahnenappell auf dem Schulhof 38

Tarif- und Beamtenpolitik

Personalräte-Preis in Gold und Sonderpreis 42

Nachruf

Frank von Auer: Ein Meister des Wortes 44

Mitgliederforum 45

Diesmal 48

Impressum
Erziehung und Wissenschaft · 74./75. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion
Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung
Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats

ISSN 0342-0671

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: **www.gew.de/ew**

WENIGER ANGEHENDE LEHRKRÄFTE

Rund 28.900 angehende Lehrerinnen und Lehrer haben im vergangenen Jahr ihr Studium mit einem Master oder dem ersten Staatsexamen abgeschlossen. Das waren etwa 3,8 Prozent mehr als im ersten Corona-Jahr 2020, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Damals seien zahlreiche Prüfungen ins Folgejahr verschoben worden. Im Zehnjahresvergleich seien die Absolventenzahlen der Lehramtsstudierenden dagegen um 13,8 Prozent gesunken (s. E&W-Schwerpunkt Seite 6 ff. und das 15-Punkte-Programm der GEW gegen den Lehrkräftemangel in der Heftmitte).

STARKES ZEICHEN FÜR „JA13“!

Unter dem Motto „Nächster Halt Hessen! – A13 für hessische Grundschullehrkräfte jetzt!“ setzten sich Mitte November in Frankfurt am Main rund 2.000 Menschen dafür ein, Grundschullehrkräfte besser zu bezahlen. Diese werden in Hessen als einzige Lehrkräftegruppe eine Stufe schlechter besoldet als die anderen Lehrerinnen und Lehrer. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, waren Grundschullehrkräfte aus dem gesamten Bundesland angereist. An der Demonstration beteiligten sich auch viele GEW-Mitglieder aus anderen Schulformen, die A13 für Grundschullehrkräfte solidarisch unterstützten. Heike Ackermann, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen und selbst Grundschullehrerin, freute sich über die große Resonanz: „Wir setzen heute ein starkes Zeichen, dass sich in Hessen endlich etwas tun muss. Gute Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung sind Grundvoraussetzungen für eine Beendigung des Lehrkräftemangels.“ Im Rahmen des JA13-Aktionszeitraums im November fanden bundesweit viele Veranstaltungen statt, mit denen sich die Lehrkräfte für eine bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte sowie anderer Lehrerinnen und Lehrer in der Sek I starkgemacht haben, die (noch) nicht nach A13 (Beamte) und E13 (Angestellte) bezahlt werden (s. E&W 11/2022, Seite 28 f.).

Foto: Jonas Priester

RUND 2.000 MENSCHEN DEMONSTRIERTEN IN FRANKFURT AM MAIN FÜR MEHR GELD.

Tarifrunde Bund und Kommunen startet Ende Januar 2023

Die Tarifrunde für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten startet am 24. Januar 2023. E&W wird im Schwerpunkt der Februar-Ausgabe alle wichtigen Infos zu dieser Runde veröffentlichen, da das Januar-Heft entfällt (s. Meldung unten auf dieser Seite). Bereits ab Anfang Januar finden Sie auf der GEW-Website (www.gew.de/tarifrunde) und den Social-Media-Kanälen viele Informationen und Aktionsmöglichkeiten. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, zu denen die GEW gehört, gehen mit einer Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens jedoch monatlich 500 Euro mehr Gehalt, in die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die zweite Verhandlungsrunde ist auf den 22./23. Februar 2023 terminiert, die dritte auf den 27. bis 29. März 2023. Verhandlungsort ist Potsdam.

In eigener Sache

KEINE E&W IM JANUAR 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

2023 wird es zum ersten Mal keine Januar-Ausgabe der E&W geben. Auch die GEW-Landeszeitungen, die mit der E&W verschickt werden, erscheinen im Januar nicht.

Die Entscheidung, die Januar-E&W einzusparen, ist dem Vorstand nicht leichtgefallen. So sehr wir alle die Streichung der Ausgabe bedauern – es gab leider keine Alternative: Die Papierkosten sind in den vergangenen eineinhalb Jahren explodiert. In 2022 konnten wir dies noch finanziell kompensieren, im nächsten Jahr ist das nicht mehr möglich. Denn zusätzlich will die Post für 2023 schon wieder kräftige Portoerhöhungen durchsetzen, und erstmals werden auch die Druckkosten der E&W seit vielen, vielen Jahren steigen.

Über die GEW-Website (www.gew.de) und die Social-Media-Kanäle werden wir Sie weiterhin stets aktuell informieren und zu allen wichtigen Themen auf dem Laufenden halten.

Die Redaktion wünscht Ihnen frohe, erholsame und vor allem friedliche Feiertage sowie einen guten Start ins neue Jahr.

Ulf Rödde, Redaktionsleiter der E&W

PRÄMIE DES MONATS

Dezember/Januar: Spenden

Eine Spende in Höhe von 40 Euro für die GEW-Stiftung „fair childhood“ oder den Heinrich Rodenstein Fonds für verfolgte Gewerkschafter*innen

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

HEINRICH RODENSTEIN FONDS e.V.

Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

DIE BELASTUNGEN KOMMEN VON ALLEN SEITEN

JEANNETTE GODDAR
freie Journalistin

In Berlin hat der Fachkräftemangel voll zugeschlagen. Er wird ausgetragen auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler, die professionelle Förderung besonders nötig haben. Und zu Lasten der zu wenigen Pädagoginnen und Pädagogen.

So sollte eine Grundschule in Zeiten des nahenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung häufiger aussehen: Mehr als 500 Schülerinnen und Schüler lernen in der Wedding-Schule, einer Grundschule in gebundenem Ganztag. Unterricht, Freizeit und Förderung wechseln sich ab; mal ist nachmittags Mathe, mal Gartenarbeit, mal üben die Erzieherinnen und Erzieher mit den Kindern. Schulleiter Philipp Lorenz und die Leitende Erzieherin Martina Seelig arbeiten im Team; ihre Büros sind durch eine Zwischentür verbunden. Das erleichtert die Abstimmung, „denn natürlich tragen bei uns auch Erzieherinnen und Erzieher Bildungsverantwortung“, sagt Lorenz. Acht Stunden in der Woche sind sie im Unterricht dabei, sonst wären sie während der Zeit in eigener Regie nicht auf dem Stand.

Soweit die Theorie. Wie wichtig es ist, diese einzuhalten, machten die für Grundschulen desaströsen Ergebnisse der Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich (IQB) im Oktober noch einmal überdeutlich (s. Seite 28 ff.). Die Praxis sieht oft anders aus – auch an der Wedding-Schule. „Die Erzieherinnen müssen sich nicht nur gegenseitig vertreten. Sie betreuen auch die Kinder, wenn eine Lehrkraft und damit Unterricht ausfällt“, sagt Seelig. Oft klingelt morgens vier- bis fünfmal das Telefon wegen einer Krankmeldung. „Das hat

Foto: Kay Herschelmann

Die Erzieherinnen müssen sich nicht nur gegenseitig vertreten. Sie betreuen auch die Kinder, wenn eine Lehrkraft und damit Unterricht ausfällt.

MARTINA SEELIG,
LEITENDE ERZIEHERIN AN DER WEDDING-SCHULE, BERLIN

auch mit der allgemeinen Lage zu tun“, erläutert Lorenz, „die Belastungen kommen von allen Seiten.“ Und: „Das System ist so auf Kante genäht, dass wir nicht von Krise, sondern von Katastrophe sprechen.“
Und schon nimmt das Gespräch eine überraschende Wendung: „Sie haben Politikwissenschaften studiert?“, sagt der Schulleiter, „wir könnten Sie im Grunde sofort einstellen.“ „In Gewi bekommen wir Sie irgendwie rein“, ergänzt Seelig. Das zweite Fach könne berufsbegleitend studiert werden, indes: „Wenn Sie Pech haben, müssen wir Sie direkt als Klassenlehrerin einsetzen“, so Lorenz, „doch wir versuchen natürlich, das zu vermeiden.“
Zwar werden Quer- und Seiteneinsteigende von Lehrkräften begleitet – auf dem Papier mit zwei Stunden in der Woche –, auch eine Erzieherin kommt schon mal mit in den Unterricht. Dennoch ist ein Tag in einer Klasse ohne gründliche Ausbildung wie „fliegen, weil man das mal im Fernsehen gesehen“ hat, erklärt Lorenz. Mit Folgen, die im Grunde einem Absturz nicht unähnlich sind.
Denn die Grundschule in Berlin-Wedding stellt sich ja nicht zufällig so auf die Hinterbeine: Für mehr als neun von zehn Schülerinnen und Schülern ist Deutsch nicht die Herkunftssprache; drei von zehn haben einen Förderstatus. „Die Kinder haben es verdient, gut gefördert zu werden“, sagt Schulleiter Lorenz, „und sie haben ein Anrecht darauf, von Profis unterrichtet zu werden.“ Was eine Schule an sozialem Ausgleich leisten kann, weiß er auch: „Geben Sie mir mehr Raum, mehr Leute oder weniger Kinder. Dann schaffen wir alles.“
Dabei arbeitet an der Weddinger Grundschule für Berliner Verhältnisse viel voll ausgebildetes Personal; Quer- und Seiteneinsteiger sind in der Minderheit. „Von den wenigen Laufbahnbewerbern kommen hier noch recht viele an“, erklärt der Schulleiter. Dasselbe gelte für Erzieherinnen und Erzieher. Weil man gelernt hat, dass auch Menschen aus anderen Berufen „großartige Kolleginnen und Kollegen werden können“, stecke man zudem viel Arbeit in ihre Anleitung: „Ob Lehrkräfte, Erzieher oder Sonderpädagogen – wir sind seit Jahren unser eigener Ausbildungsbetrieb.“ Die Schule habe Glück im Unglück: weil sie einen Teamgeist, ein Miteinander ausstrahlt, was sich wohl herumspricht. „Es gibt Schulen, in denen zehn, zwölf Lehrer fehlen. Die schaffen den Regelunterricht nicht“, berichtet Lorenz. Und: „Quereinstieg, was ist das?“, habe ihn ein Kollege aus dem wohlhabenden Berliner Süden mal gefragt, erzählt der Schulleiter.
Das macht deutlich, was auch die Forschung sagt: Der Fachkräftemangel trifft vor allem Schulen mit wenigen Ressourcen, überdurchschnittlich oft in Stadtvierteln, in denen viele arme Menschen leben.
Und: Der Mangel trifft nicht nur Lehrkräfte. Viele Erzieherinnen und Erzieher wandern bereits in der Ausbildung aus dem Beruf ab; die Zahlen der Fachschulen täuschen“, erklärt Bartlomiej Jagodzinski, der bald die in Rente gehende Seelig als Leitender Erzieher ablösen wird.
Seelig berichtet zudem von einer Art Kettenreaktion: Viele Erzieherinnen und Erzieher ziehe es auf Sozialarbeiterschulen, um sich für eine Profession zu qualifizieren, >>>

>>> aus der 2015/16 zahllose Menschen in die Geflüchtetenarbeit abgewandert sind.
Auch unter angehenden Lehrkräften ist die Fluktuation hoch; in jedem Jahr sind die Zahlen der Absolventinnen und Absolventen wie der Studienzulassungen niedriger als zwischen dem Land und den Hochschulen vereinbart. Der Berliner Senat reagierte jüngst auf den Mangel, indem er Schulen nur noch mit 98 Prozent des benötigten Personals ausstattete. Lorenz flucht darüber geradezu: „Bildungspolitisch verheerend“, nennt er das, „im Grunde brauchen wir 120 Prozent, um Krankheiten, Schwangerschaften und so weiter auszugleichen.“ Nur woher sollten diese 120 Prozent kommen, wenn es das Personal doch gar nicht gibt? Das, stimmt er zu, sei das Allerschlimmste: „Wir sind sehenden Auges in den Mangel hineingelaufen. Und es gibt bis heute keine Strategie, ihn zu beheben.“

Die Bundesländer jagen sich das Personal gegenseitig ab.

Die GEW Berlin kämpft für einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz, der kleinere Klassen festschreiben soll. Ziel ist, die Belastung zu senken, die die Gewerkschaft für „Folge und Ursache des Lehrkräftemangels“ zugleich hält. Nach Lorenz‘ Einschätzung wären kleinere Klassen auch ein wichtiger Schritt für die Bildungsqualität. Doch es gibt Forschungsergebnisse, die sagen, dass die Klassengröße keinen Einfluss auf Lernerfolg habe. Da kann der Schulleiter nur den Kopf schütteln: „Das ist gegen jede Erfahrung. Natürlich können Sie 16 Kinder in der Klasse individueller fördern als 25.“ Über die Hochzeit der Pandemie mit halbierten Lerngruppen sagt Lorenz: „So gute Ergebnisse hatten wir noch nie.“
Stephan Wahner ist Sprecher der Fachgruppe Grundschule in der Vereinigung der Berliner Schulleitungen in der GEW und in regem Austausch in der Bundesfachgruppe Grundschulen: „Auch dort ist der Fachkräftemangel stetes Thema“, sagt er, „frappierend dabei: wie unterschiedlich die Lage in den Ländern ist – und wie verbreitet es ist, sich gegenseitig Personal abzujagen.“ Ihn selbst vertrieb das Land Berlin vor 20 Jahren. Erst wartete er ein Jahr auf das Referendariat, dann bot man ihm einen Ein-Euro-Job als Deutschkurs-Dozent an. Wahner ging nach Nordrhein-Westfalen. „Der Schweinezyklus, das sich stete Abwechseln zwischen zu wenigen und zu vielen Lehrkräften, ist seit Jahrzehnten bekannt“, konstatiert er. „Auch in Zeiten mit einer guten

Fotos: Kay Herschelmann

„Ein Tag in einer Klasse ohne gründliche Ausbildung ist wie fliegen, weil man das mal im Fernsehen gesehen hat.“

PHILIPP LORENZ,
LEITER DER WEDDING-SCHULE,
BERLIN

Lehrkräfteversorgung müssen Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet und eingestellt werden.“
Heute leitet Wahner die Carl-Humann-Grundschule im bürgerlich-akademisch geprägten Prenzlauer Berg, in die es das wenige Personal noch eher zieht als in andere Bezirke Berlins. „Der Alltag in sogenannten Brennpunktschulen ist ein ganz anderer“, sagt er, „doch auch bei uns gehen in drei, vier Jahren viele in Rente.“ Bereits heute beschreibt er die Personalplanung als „abenteuerlich“. Jeden Februar müsse er die Schülerzahlen für August melden, nach denen sein Personal bemessen wird – und

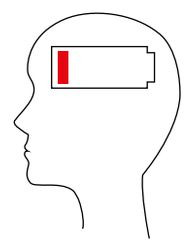
Es ist allerhöchste Zeit, dass die, die Bildung umsetzen, stärker einbezogen werden.

STEPHAN WAHNER,
LEITER DER CARL-HUMANN-GRUNDSCHULE,
BERLIN-PRENZLAUER BERG

dann kämen jedes Mal mehr Kinder als gedacht. Weil auch die Personalstellen überlastet sind, sei die Schulrätin nie auf dem aktuellen Stand: „Wer ist krank, in Teilzeit, hat die Elternzeit verlängert? All das kann sie nicht wissen. Uns fehlen dann dringend benötigte Kräfte“, erklärt Wahner. Also würden mehr Kinder in die Klassen gesteckt.
Doch der Schulleiter hat Ideen, die sich umsetzen ließen, bevor die nächste Lehrkräftegeneration von den Hochschulen kommt: Die Einführung einer mobilen Reserve, die kurzfristige Ausfälle abfedern könnte, gehört dazu, und die bessere Zusammenarbeit im Stadtteil: „Für Schulen ist es oft leichter, Kontakte nach Spanien zu knüpfen als zu einer Nachbarschule“, konstatiert er trocken, „Schulverbünde könnten helfen, die gröbste Not zu lindern.“ Zum Beispiel bei der Bildung von Fachlehrerpools – denn auch die braucht es in der sechsjährigen Grundschule –, deren Mitglieder an mehr als einer Schule unterrichten. Schulleiter Wahner kann sich durchaus vorstellen, solche Pools mit einem sinnvollen Umbau von Schule zu verknüpfen: weg vom Stundentakt, hin zum Epochen-Unterricht: „So könnte eine Geschichtslehrerin für einige Monate in zwei oder drei Schulen unterrichten – und zugleich würde der Unterricht moderner.“
Einen dringenden Wunsch hat er auch: Dies alles sollte an Runden Tischen besprochen werden, an denen außer der Schulverwaltung auch die Hochschulen und die Beschäftigten sitzen: „Es ist allerhöchste Zeit, dass die, die Bildung umsetzen, stärker einbezogen werden“, erklärt Wahner, denn: „Wenn es so weitergeht, wird die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen 2026 in eine Katastrophe führen.“ ■

Das „15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel“ der GEW: siehe Heftmitte; Studienergebnisse mit Daten und Fakten aus den vergangenen Jahren: **gew.de/ew-12-22**

ERHOLUNG IST KAUM NOCH MÖGLICH



KARL-HEINZ REITH
freier Journalist

Gute Bildung in Schulen benötigt engagierte Lehrkräfte. Die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer ist zwar nach wie vor mit dem Beruf zufrieden, klagt aber über schlechte Arbeitsbedingungen. Diese entstünden vor allem durch den Fachkräftemangel, zeigen aktuelle Umfrageergebnisse.

In den Schulen wächst der Arbeitsdruck, und mehr Lehrkräfte wünschen sich Teilzeitarbeit. Nach einer repräsentativen Forsa-Umfrage der Robert-Bosch-Stiftung würden gern 13 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer ihre Deputatsstunden reduzieren. Die Arbeit in den Schulen wird von ihnen laut der Studie zunehmend als Belastung empfunden. Mehr als die Hälfte gab an, sehr häufig unter körperlicher Erschöpfung und Müdigkeit zu leiden und von innerer Unruhe und Nackenschmerzen geplagt zu sein. Ein Drittel klagte über Schlafstörungen. Die Umfrage erfolgte für das jährlich erscheinende Deutsche Schulbarometer.

Der wachsende Wunsch nach mehr Teilzeitarbeit gilt allerdings vor dem Hintergrund des akuten Lehrkräftemangels als problematisch. In der Kultusministerkonferenz gibt es intern Überlegungen, wie Teilzeitarbeit von Lehrkräften eingeschränkt und mehr Lehrerinnen und Lehrer für die Erhöhung ihrer Deputatsstunden gewonnen werden können. In Bayern hat Ministerpräsident Markus Söder (CSU) an alle Teilzeit-Lehrkräfte appelliert, freiwillig eine Unterrichtsstunde mehr zu geben. Zudem hat Söder – wie zum Teil die Politik auch in anderen Bundesländern – als Maßnahme gegen den Lehrkräftemangel die schrittweise Anhebung der Besoldung für alle Lehrergruppen auf A13/E13 (Beamte/Angestellte) angekündigt (s. E&W 11/2022). Nach dem Dienst- wie Arbeitsrecht kann der Staat als Arbeitgeber in laufende Teilzeit-Verträge nicht eigenmächtig eingreifen. Mehr Unterrichtsstunden könnte er nur durch eine gesetzliche Anhebung des gesamten Stundendeputats für die jeweiligen Lehrkräftegruppen erzwingen.

Mehr als drei Viertel der befragten Lehrkräfte arbeiten regelmäßig auch an den Wochenenden.

Laut der Forsa-Umfrage planen insbesondere Lehrkräfte, die aktuell zwischen 15 und 20 Stunden unterrichten, ihr Lehrdeputat zu reduzieren (27 Prozent). Ebenso möchte ein Viertel aller Lehrkräfte, die aktuell mit ihrem Beruf

Cartoon: Thomas Plaßmann

eher unzufrieden sind, im kommenden Schuljahr weniger Stunden geben.

Eine überwältigende Mehrheit der Lehrkräfte erlebt derzeit das eigene Kollegium (92 Prozent) und sich selbst (84 Prozent) als stark oder sehr stark belastet. Für mehr als drei Viertel der befragten Lehrkräfte gilt Wochenendarbeit als Regel, und für die Mehrheit ist eine Erholung in der Freizeit kaum noch möglich.

Zum Zeitpunkt der Befragung im April 2022 war die Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie die größte Herausforderung für die Lehrkräfte (38 Prozent). An zweiter Stelle wurden der Lehrkräftemangel und das Fehlen von Fachlehrern (26 Prozent) genannt. Allerdings: Trotz der hohen Belastungen sagten 74 Prozent der Lehrkräfte, dass sie aktuell eher zufrieden mit ihrem Beruf sind. Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen äußerten sich am positivsten.

Bei ihren Schülerinnen und Schülern beklagten die befragten Lehrkräfte einen deutlichen Anstieg der Konzentrations- und Motivationsprobleme seit Beginn der Pandemie. Körperliche Unruhe, Niedergeschlagenheit und zum Teil auch aggressives Verhalten hätten zugenommen. 71 Prozent stimmen der Aussage zu, dass ihre Schule aktuell einigen Schülerinnen und Schülern nicht die adäquate Unterstützung anbieten kann, die diese eigentlich benötigten. Zwei Drittel der Lehrerinnen und Lehrer sind der Meinung, dass angesichts der derzeitigen Situation die Förderung des psychischen Wohlbefindens der Schülerinnen und Schüler wichtiger sein sollte, als Lehrpläne zu erfüllen. ■

DER OPTIMISMUS SCHWINDET

ANNE-KATRIN WEHRMANN
freie Journalistin

In der Sozialarbeit ist der Fachkräftemangel riesig. Das Beispiel eines Jugendclubs in Hamburg zeigt: Die Arbeitsbedingungen werden immer prekärer.

Früher gab es im Jugendclub Burgwedel im Norden Hamburgs drei volle Planstellen. Seit ein paar Jahren sind es noch zwei volle und eine 31-Stunden-Stelle – theoretisch. Praktisch sieht es gerade so aus, dass die momentan einzige Kollegin von Projektleiter Mark-Oliver Fischer aufgrund einer Knieverletzung für längere Zeit ausfällt. Und die Teilzeitstelle ist seit Mai ausgeschrieben, doch niemand bewirbt sich. „So etwas habe ich in meinen gut 20 Jahren hier noch nicht erlebt“, sagt Fischer. „Wir waren nie auf Rosen gebettet, was die Anzahl der Bewerbungen angeht, aber zwei oder drei gab es immer. Dass sich da jetzt schon seit Monaten überhaupt nichts tut, macht mir große Sorgen.“

An diesem Tag hat auch noch die Honorarkraft kurzfristig abgesagt, die für den Tresen eingeteilt war: Wenn gleich die ersten Jugendlichen eintreffen, muss der 48-Jährige den Laden komplett allein wuppen. „Fachlich ist das eigentlich ein No-Go, was ich hier mache“, meint er. „Auch im Sinne des Jugendschutzes sollten immer zwei Mitarbeitende im offenen Bereich da sein. Die Situation wird immer prekärer, wir müssen immer mehr von unseren eigenen Standards abweichen.“ Während er das sagt, gibt er einem Handwerker Anweisungen, der gerade den schon vor Monaten bestellten Billardtisch aufstellt. Das mitgebrachte Mittagessen muss weiter warten, dafür ist keine Zeit. Ein für den Nachmittag geplantes Vorbereitungstreffen für das erste Stadtteilfest seit Beginn der Pandemie, für die Jugendlichen im Kiez ein wichtiges Event, muss ohne ihn stattfinden. Gestrichen sind außerdem die für den nächsten Tag vorgesehene Halloween-Party sowie der Besuch einer Schulklasse, die sich im Jugendclub umsehen wollte. Für solche Dinge gibt es derzeit keine Kapazitäten.
„Das tut mir wirklich weh, das muss ich gestehen“, meint Fischer, der vor einigen Jahren als Erzieher in die Projektleitung gerutscht ist, weil es schon damals keine Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gab. „Wir können den Jugendlichen hier nicht mehr das anbieten, was wir eigentlich sollten, wollen und auch müssten.“ Es brauche

PROJEKTLEITER MARK-OLIVER FISCHER HAT WENIG HOFFNUNG: „MOMENTAN REISSEN WIR ALLES EIN, WAS WIR ÜBER JAHRE AUFGEBAUT HABEN.“

Foto: Anne-Katrin Wehrmann

schon viel Idealismus, um den Job unter diesen Bedingungen zu machen: „Dauerhaft ist das so nicht möglich.“ Dass er die anfallenden Verwaltungs- und Dokumentationsarbeiten nicht mehr im geforderten Umfang leisten kann, findet er da noch am ehesten verkraftbar. Was ihm wirklich zu schaffen macht, ist die Tatsache, dass er wegen der knappen Personallage an manchen Tagen den Club schon nicht mehr öffnen kann. „Mich bringt so schnell nichts mehr aus der Fassung, aber inzwischen habe ich manchmal schlaflose Nächte und frage mich, wie wir das morgen wieder schaffen sollen.“

Auch in anderen Einrichtungen des freien Trägers „Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg“, zu dem der Jugendclub gehört, gibt es schon seit längerem freie Stellen, die sich nicht besetzen lassen. Und das ist bei weitem nicht die Ausnahme: Laut eines aktuellen Berichts des Instituts der Deutschen Wirtschaft belegt unter den Berufen mit den größten Fachkräftelücken die Berufsgruppe der Sozialarbeit und Sozialpädagogik den traurigen Spitzenplatz. Im Jahresdurchschnitt 2021/22 gab es demnach für die bundesweit knapp 26.500 offenen Stellen in diesem Bereich für fast 20.600 keine passend qualifizierten Bewerberinnen oder Bewerber. „So groß war der Mangel nie zuvor“, heißt es in dem Bericht.

In der gesellschaftlichen und politischen Diskussion sei die Sozialarbeit leider ein häufig vergessenes Feld, kritisiert Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit. „Dabei ist es für Kinder und Jugendliche enorm wichtig, dass sie auch außerhalb der Familie und Schule Orte haben, an denen sie Mitspracherechte ausüben, Demokratie lernen, gemeinsam kreativ werden und mit Gleichaltrigen aktiv sein können.“ Gerade in diesem Bereich brauche es Personalkontinuität und langjährige Zusammenarbeit, um das Vertrauen der Jugendlichen zu gewinnen. „Wie immer hängt es an der Finanzierung“, macht Siebernik die Ursache der Misere deutlich. „Wenn das Personaltableau nicht stimmt und die Stellen dann auch noch schlecht bezahlt und befristet sind, lassen sich keine passgenauen pädagogischen Angebote entwickeln.“

Wie alle sozialen Berufe müsse auch die Sozialarbeit dringend aufgewertet werden: „Und das funktioniert nur mit einer angemessenen Entlohnung und gesellschaftlicher Anerkennung.“

Die Belastung ist enorm.

Im Jugendclub Burgwedel ist an diesem Nachmittag Omid Efmaili einer der ersten Gäste. Der 21-Jährige ist vor sieben Jahren aus Afghanistan geflüchtet und nur noch unregelmäßig zu Besuch, weil er nach seiner Ausbildung zum Sozialpädagogischen Assistenten

>>>

Foto: Anne-Katrin Wehrmann

>>> inzwischen berufstätig ist. Der Club sei für ihn von Anfang an eine wichtige Anlaufstelle gewesen, erzählt er. „Menschen brauchen Beschäftigung und soziale Kontakte. Das gilt besonders für geflüchtete Jugendliche, die hier oft keine Familie haben.“ Fischer und sein Team hätten ihm geholfen, Fuß zu fassen und den richtigen Weg zu finden. Zugleich ist Efmaili ein gutes Beispiel dafür, woran es in vielen Bereichen hapert, wenn vom Fachkräftemangel die Rede ist. Seit acht Monaten ist er als Springer in verschiedenen Kitas im Einsatz – immer da, „wo der Mangel am größten ist“, wie er sagt. Schon jetzt seien Druck und Belastung so groß, dass er es nicht mehr aushalte und sich umorientieren wolle. „Und dabei ist die Bezahlung so schlecht, dass ich noch nicht einmal meinen Lebensunterhalt davon bestreiten kann.“ Zumindest will er nun in einen Beruf wechseln, in dem Nachwuchskräfte wie er genauso dringend benötigt werden: in die Altenpflege.

Unterdessen hofft Projektleiter Fischer, dass seine Kollegin bald wieder gesund ist und sich für die offene

OMID EFMAILI (MITTE) WAR FRÜHER HÄUFIG ZU BESUCH IM JUGENDCLUB BURGWEDEL; JETZT KOMMT ER NUR NOCH GELEGENTLICH VORBEI. DER 21-JÄHRIGE IST NACH SEINER AUSBILDUNG ZUM SOZIALPÄDAGOGISCHEN ASSISTENTEN ALS SPRINGER IN VERSCHIEDENEN KITAS IM EINSATZ. DAVON LEBEN KANN ER NICHT. DESHALB ÜBERLEGT ER, DEN BERUF ZU WECHSELN.

Stelle doch noch eine qualifizierte Kraft findet. Mit Blick auf die fehlenden Fachkräfte in der Jugendsozialarbeit meint er: „Eigentlich ist es ganz einfach – wir brauchen mehr Geld.“ Sein Optimismus, dass sich die Strukturen grundsätzlich zum Positiven verändern könnten, war allerdings schon einmal größer. „Momentan reißen wir alles ein, was wir über Jahre aufgebaut haben“, stellt er nüchtern fest. „Dabei ist es so wichtig, Zeit mit den Jugendlichen zu haben, damit diese sich und ihren Platz in der Gesellschaft finden können.

Jetzt anmelden: Buch-Gutschein-Aktion zum Welttag des Buches für 4. und 5. Klassen

Am 23. April ist Welttag des Buches. Auch 2023 findet die bundesweite Schulaktion „Ich schenk dir eine Geschichte“ für 4. und 5. Klassen statt. Gegen Vorlage eines Gutscheins erhält jedes Kind im Buchhandel ein Exemplar des Comicromans „Volle Fahrt ins Abenteuer“ von Autorin Katharina Reschke und Illustrator Timo Grubing. Alle Lehrkräfte bekommen außerdem begleitendes Unterrichtsmaterial.

Bestellen Sie die Buch-Gutscheine für Ihre Klassen bis 31. Januar 2023 unter www.welttag-des-buches.de.

Stiftung Lesen · Börsenverein des Deutschen Buchhandels · cbj · Deutsche Post · ZDF

und die Kultusministerien aller Länder

„WIR VERLIEREN DIE FREUDE AM JOB“

KATHRIN HEDTKE
freie Journalistin

Der Fachkräftemangel in Kitas ist dramatisch, der Stress steigt. Junge Menschen kommen hoch motiviert und topausgebildet in die Einrichtungen, werfen aber schnell wieder hin.

Wenn sich jeden Morgen 20 Kinder in ihre Jacken wurschteln, ihre bunten Rucksäcke aufsetzen und Hand in Hand zur Haltestelle stapfen, muss das Team des Waldkinderladens Taka Tuka im Frankfurter Nordend wenigstens halbwegs gut besetzt sein. Besonders die Fahrt mit der U- und S-Bahn raus in den Wald ins angrenzende Bad Vilbel sei eine stressige Situation, berichtet der Erzieher Felix Wilhelm. Und auch im Wald benötigen die Kinder viel Betreuung. Doch seit Mai ist eine Kollegin dauerhaft krankgeschrieben. „Der Krankenstand in unserem Beruf ist generell extrem hoch“, sagt der Erzieher, der auch Betriebsrat und bei der GEW aktiv ist. Als das Team bei seinem Träger um eine Ersatzkraft bat, winkte der Sozialpädagogische Verein direkt ab. „Keine Chance“, sagt Wilhelm. „Es gibt einfach niemanden.“
Der Personalmangel macht Kitas überall in Deutschland enorm zu schaffen. „Das Problem ist dramatisch“, betont Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit.

Der Erzieher aus dem Frankfurter Waldkinderladen sagt, dass sie die Löcher so gut wie möglich zu stopfen versuchen. „Aber es ist psychisch und körperlich sehr belastend.“ Das Team bemühe sich nach Kräften, die 30 Stunden pro Woche ihrer kranken Kollegin irgendwie auszugleichen. Alle häuften Überstunden an. Doch diese Mehrarbeit müssten sie ja auch irgendwann wieder abbauen, so Wilhelm: „Da beißt sich die Katze in den Schwanz.“
Außerdem hofft das Team darauf, dass Eltern ihre Kinder etwas später bringen und früher abholen – und besetzt die Dienste zu Beginn und am Ende der täglichen Öffnungszeit nur mit einer einzigen Fachkraft. „Zum Glück haben wir eine Praktikantin“, sagt der Erzieher. So sei im Notfall noch eine zweite Kollegin da, falls es einen Notfall gibt oder jemand mal zur Toilette muss. „Aber es ist eine äußerst anstrengende Arbeit.“ Und das hinterlässt Spuren. Wenn so etwas kurze Zeit vorkommt, sei das kein Problem, betont Wilhelm. Aber auf Dauer merke er, wie er die Freude an der Arbeit verliere. Zumal die Kolleginnen und Kollegen nach mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie ohnehin am Limit seien. „Das ist nicht so daher gesagt.“ Überall häuften sich Konflikte in den Einrichtungen, und Fachkräfte fielen aus.

Im Schnitt bleiben Erzieherinnen und Erzieher nur vier Jahre in einer Kita – so kurz an einem Arbeitsplatz wie in keiner anderen Branche.

Wenn der Krankenstand überhandnimmt, gerade jetzt im Herbst oder Winter, können viele Kitas den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten – und bleiben geschlossen. >>>

Foto: Christoph Boeckheler

Der Krankenstand in unserem Beruf ist generell extrem hoch.

FELIX WILHELM,
ERZIEHER AUS FRANKFURT AM MAIN

>>> Siebernik verweist auf einen aktuellen Brandbrief von mehr als 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die vor einem Kollaps der Kitas warnen. „Die Politik muss dringend handeln“, bekräftigt die Gewerkschafterin. In Kindertagesstätten sind ihren Angaben zufolge bundesweit rund 820.000 Erzieherinnen und Erzieher beschäftigt. Trotz der Pandemie stiegen die Zahlen. Damit die Fachkräfte jedoch gut arbeiten und auf die Kinder eingehen könnten, müsse unbedingt der Betreuungsschlüssel verbessert werden, fordert Siebernik. So sollte eine Fachkraft für höchstens drei Krippenkinder, die jünger als drei Jahre sind, zuständig sein beziehungsweise für sechs Kindergartenkinder. „Allein dafür bräuchten wir sofort 120.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher.“ Doch damit nicht genug. Der Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagsschulen erfordert weitere Fachkräfte. Konservative Prognosen gehen davon aus, dass bis Ende des Jahrzehnts rund 200.000 Fachkräfte allein in den Kitas fehlen werden, plus 80.000 in Ganztagsschulen.

Hessen setzt zur Bekämpfung des Personalmangels in den Kitas auch auf fachfremde Beschäftigte.

Die Bundesregierung hat angekündigt, die frühkindliche Bildung mit dem sogenannten Kita-Qualitätsgesetz zu stärken. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass dafür in den nächsten beiden Jahren vier Milliarden Euro bereitgestellt werden. Doch allein für die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels würden zusätzlich zur aktuellen Finanzierung fünf Milliarden Euro benötigt, rechnet Siebernik vor. „Nur um den Status quo zu sichern.“ Die Gewerkschafterin fordert von der Politik, mehr Geld in die frühkindliche Bildung zu investieren. „Wir brauchen eine Fachkräfteoffensive.“ Zwar seien die Ausbildungszahlen im vergangenen Jahrzehnt bereits deutlich gestiegen. „Doch ganz, ganz viele verlassen den Beruf schnell wieder“, sagt Siebernik. Die jungen Menschen kämen hoch motiviert und topausgebildet in die Kitas, blieben im Schnitt jedoch nur vier Jahre – so kurz an einem Arbeitsplatz wie in keiner anderen Branche. Der Grund: „Die Bedingungen sind zu schlecht, die Belastung zu hoch, und es fehlt an gesellschaftlicher Wertschätzung.“
Im Frankfurter Waldkinderladen ist Wilhelm heilfroh, dass die letzte Praktikantin jetzt in der akuten Personalnot noch ab und zu als Springerin aushilft. Viele junge Menschen seien nach ihrem Praktikum schnell wieder weg, berichtet der Gewerkschafter. Immer wieder bekomme er zu hören, dass sie sich den Job anders vorgestellt hätten. „Sie kommen in die Kitas, wollen mit den Kindern zusammen arbeiten, sie fördern.“ Doch in der Realität führe der Personalmangel dazu, dass die pädagogische Arbeit viel zu kurz komme. Nur mit Minimalbesetzung zu arbeiten, mache niemanden glücklich – weder die Kinder noch die Fachkräfte, ist Wilhelm überzeugt. „Dadurch steigt der Stress.“

> *Wir brauchen eine Fachkräfteoffensive.*
>
> DOREEN SIEBERNIK, GEW-VORSTANDSMITGLIED JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT

Weil Personal knapp ist, dürfen in Hessen seit der Corona-Pandemie auch fachfremde Menschen, die in der Kinderbetreuung arbeiten, auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel angerechnet werden – solange ihr Anteil am Fachpersonal nicht mehr als 15 Prozent beträgt. „Jeder, der sich dafür berufen fühlt, kann einen Antrag beim Jugendamt stellen“, berichtet Wilhelm. Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetz schreibt lediglich vor, dass ihre Ausbildung einen Bezug zum Konzept der Kita aufweist und sie Erfahrungen im Umgang mit Kindern haben. Außerdem müssen sie innerhalb von zwei Jahren eine Weiterbildung von 160 Stunden belegen, umgerechnet 20 Tage à acht Stunden. „Mit dieser Pseudoausbildung gelten sie offiziell als Fachkräfte“, kritisiert Wilhelm. Beim Personalschlüssel zählten sie genauso wie ihre Kolleginnen und Kollegen mit dreijähriger Erzieherausbildung. Doch das gilt nicht für die Bezahlung. „Da werden sie mit mickrigem Gehalt abgespeist“, so Wilhelm. Es sei deutlich zu beobachten, dass in Kitas immer weniger staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher arbeiteten. Das führe auf Dauer dazu, dass diese erschöpft seien, krank würden. „Und keine Lust mehr haben.“ ■

Brandbrief gegen Kita-Kollaps: **gew.de/ew-12-22**

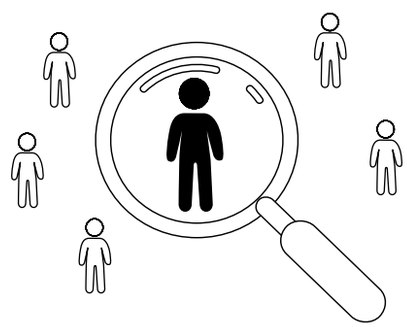
ANZEIGE

»Ach, das macht ihr auch?«

Die bpb wird 70 Jahre
www.bpb.de/70-jahre-bpb

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

„DIE DECKE IST DÜNN“



SVEN HEITKAMP
freier Journalist

Offene Professoren- und Dozentenstellen, wiederholte Ausschreibungen mangels ausreichend qualifizierter Bewerberinnen und Bewerber: Der Fachkräftemangel macht auch vor den Hochschulen nicht halt, wie Beispiele aus Ostdeutschland zeigen. Die teils prekären Arbeitsverhältnisse verschärfen die Lage.

Jörg Bagdahn, seit 2016 Präsident der Hochschule Anhalt mit Standorten in Bernburg, Dessau und Köthen, kennt das Dilemma des Fachkräftemangels aus dem täglichen Geschäft. „Wir bekommen immer mehr Schwierigkeiten, Stellen zu besetzen“, sagt Bagdahn. „Die Hochschulen sind von der generellen Situation auf dem Arbeitsmarkt keineswegs ausgeschlossen.“ Dies gelte sowohl im nichtwissenschaftlichen wie im wissenschaftlichen Bereich – und besonders in der IT. „Bei den Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften haben wir eine überschaubare Bewerberlage und müssen offene Stellen teils mehrfach ausschreiben – obwohl wir eigentlich an der Personalquelle sitzen“, erzählt der Hochschulpräsident.
Mehr als 30 Jahre nach der Einheit sei der demografische Wandel, der im Osten viel stärker ausgeprägt ist als im Westen, besonders deutlich zu spüren: Während gegenwärtig sehr viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand gehen, wachse eine Generation nach, die aus den geburtenschwachen Jahrgängen bestehe. „Die Decke ist dünn“, sagt der Professor für Werkstoffe der Photovoltaik, der seit dem 1. Dezember auch Sprecher der Gruppe HAW/Fachhochschulen der Hochschulrektorenkonferenz ist.

Selbst Exzellenz-Unis haben Probleme, offene Stellen zu besetzen.

Noch schwieriger wird die Lage für die Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW), weil die Bewerberinnen und Bewerber drei Jahre Praxiserfahrung vorweisen müssen – und damit bessere Verdienstmöglichkeiten in der Wirtschaft kennengelernt haben. Durch die wachsende Industrie in Sachsen-Anhalt ist die Nachfrage nach Fachkräften in der Region mittlerweile groß. Nicht umsonst hätten Bund und Länder ein 430-Millionen-Euro-Paket zur Gewinnung von Professorinnen und Professoren an den

Foto: IMAGO/YAY Images

Fachhochschulen und HAW aufgelegt, sagt Bagdahn. Von dem Bund-Länder-Programm profitieren 98 Hochschulen in allen 16 Bundesländern über einen Zeitraum von zehn Jahren.

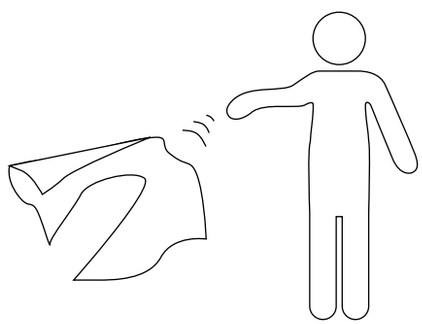
Der Mangel an ausreichend qualifiziertem Personal sei in einigen Regionen Deutschlands besonders in den MINT-Fächern und den Erziehungswissenschaften zu beobachten, erklärt Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung. Betroffen seien zum einen strukturschwache Regionen besonders in Ostdeutschland und zum anderen Regionen mit einer starken Konkurrenz durch die Industrie wie in Bayern und Baden-Württemberg. Auch Exzellenz-Unis, die sehr schnell sehr viel Geld für viele Promotions- und Postdoc-Stellen bekommen, hätten häufig Mühe, diese qualifiziert zu besetzen. „Die gut ausgebildeten Leute haben die Wahl und gucken sich genau an, wohin sie gehen“, sagt Keller. Im wachsenden Wettbewerb seien die unterfinanzierten Hochschulen mit geringeren Gehältern sowie befristeten Arbeits- und Projektverträgen als attraktive Arbeitgeber offenkundig nicht konkurrenzfähig. „Die Hochschulen“, fordert Keller, „brauchen mehr gut dotierte Dauerstellen ohne Befristung.“

Seit etwa fünf Jahren beobachtet auch Wolfgang Macheleidt, stellvertretender Vorsitzender des Personalrats an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Dresden, den verschärften Kampf um qualifiziertes Personal. Mehrere gute Leute, darunter auch Laboringenieure, seien aus der Hochschule in die Wirtschaft gewechselt. Die freien Posten nachzubesetzen, werde immer schwieriger.

Personalverwaltungen müssen die Spielräume im Tarifvertrag besser nutzen.

Macheleidt ist auch Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim sächsischen Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus. Er kennt die Hochschullandschaft im Freistaat. „Die Kolleginnen und Kollegen berichten, dass es zunehmend problematischer wird, gute Köpfe für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.“ Die Ergebnisse der nächsten Tarifrunde würden zeigen, ob die öffentlichen Arbeitgeber die Zeichen der Zeit erkannt hätten, meint Macheleidt. Zudem müssten die Personalverwaltungen die Spielräume im Tarifvertrag für künftige Stellenbesetzungen besser nutzen. Wenn allerdings Zusagen an Bewerberinnen und Bewerber etwa für künftige Höhergruppierungen, die im Einstellungsgespräch gemacht worden sind, später nicht eingehalten würden, erweise man der Suche nach Fachkräften für die Hochschulen einen Bärendienst. ■

VIELE WERFEN DAS HANDTUCH



MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Auch in der Weiterbildung fehlen qualifizierte Lehrkräfte sowie Dozentinnen und Dozenten. Was sind die Gründe? Und was lässt sich dagegen tun?

Irgendwann hatte sie genug. Zu unsicher, zu prekär waren die Arbeitsbedingungen als freiberufliche Englisch-Dozentin an der Volkshochschule (VHS). Die Kollegin, sie möchte anonym bleiben, schmiss hin. Heute arbeitet sie als pädagogische Mitarbeiterin in einem Museum. Festangestellt, bezahlt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Ein Fall aus dem Ruhrgebiet.

Dass Honorarkräfte das Handtuch werfen, ist einer der Gründe für den Fachkräftemangel in der Weiterbildung. Während der Corona-Pandemie, als bundesweit Kurse ausfielen, brach vielen das Einkommen weg, staatliche Hilfe fehlte oder kam erst spät. Zahlreiche Honorarkräfte wechselten in „andere, stabilere berufliche Felder“, erklärt Jonathan Kohl vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) in Bonn. Auch die extrem steigenden Kosten für Gas, Strom und Benzin zeigen Wirkung. Besonders im ländlichen Raum. „Ein Zwei-Stunden-Kurs abends mit Anreise per Auto ist für Kursleitende finanziell kaum noch attraktiv“, betont Bernd Käpplinger, Professor für Weiterbildung an der Uni Gießen. Zudem fehle der Nachwuchs, erklärt Käpplinger: „Bei den Studierenden nehme ich wahr, dass viele in den frühkindlichen Bereich,

> *Ein Zwei-Stunden-Kurs abends mit Anreise per Auto ist für Kursleitende finanziell kaum noch attraktiv.*
>
> PROF. BERND KÄPPLINGER, UNIVERSITÄT GIESSEN

in die Ganztagsschulbetreuung oder andere Bereiche mit festen Arbeitsverhältnissen abwandern.“

In der Weiterbildung sind rund 700.000 Menschen tätig. Rund 73 Prozent arbeiten auf Honorarbasis, viele im Nebenjob. Von den Honorarkräften, die vom Unterrichten leben, seien 60.000 „von prekären Beschäftigungsbedingungen betroffen“, heißt es im Nationalen Bildungsbericht 2022. Wie groß der Fachkräftemangel ist, lasse sich „noch nicht beziffern“, unterstreicht Käpplinger. Aus der Praxis erfahre er, dass vor allem „das Finden von Kursleiterinnen und Kursleitern schwieriger geworden ist“. An einigen Volkshochschulen, so Kohl vom DIE, fehlten Lehrkräfte mit Online-Kompetenzen; entsprechende Kurse könnten nicht angeboten werden.

Betroffen ist auch Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache (DaF/DaZ). Ein Bewerber aus Afghanistan habe sieben Monate warten müssen, bis er einen Platz in einem Integrationskurs an der VHS Köln bekam, berichtet ein Kollege Kohls. Die Volkshochschulen in Thüringen haben Probleme, Stellen für Beratung in der Weiterbildung, etwa für Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder für politische Bildung, zu besetzen. „Es handelt sich um Projektstellen, immer befristet, oft jährlich“, erklärt Steffi Dietrich-Mehnert vom Thüringer Volkshochschulverband. Das sei vielen zu unsicher.

Was tun? Die GEW fordert seit Jahren, die Arbeitsbedingungen für Angestellte – die oft nur befristet beschäftigt sind und unter TVöD-Tarif bezahlt werden – und für Honorarkräfte zu verbessern. Dazu müssten die Mittel für die öffentlich geförderte Weiterbildung aufgestockt werden. „Ein erster Schritt wäre, den Honorarkräften Zuschüsse zur Sozialversicherung und die Honorare im Krankheitsfall fortzuzahlen“, erklärt Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. „Grundsätzlich aber brauchen wir Dauerstellen für Daueraufgaben, ein Tariftreuegesetz für die Weiterbildung und mehr Fortbildungsangebote für Kursleitende“, sagt Becker. „Dann lässt sich der Fachkräftemangel eindämmen.“ ■

Weitere Infos zum Thema: **gew.de/ew-12-22**

FAQ YOU

WIE SOLLTE SEXUALKUNDE HEUTZUTAGE AUSSEHEN?

WIR SAGEN: HYBRID!

UNSERE WEBINARE

1 Mal pro Monat können Lehrbeauftrage sich in themenspezifischen Webinaren im Bereich der Sexualkunde weiterbilden und austauschen. Verschiedenste Referent:innen aus diversen Fachbereichen stellen in dieser einstündigen Online-Veranstaltung ihr Wissen und ihre Tipps zur Verfügung.

UNSERE ACADEMYS

Ganz im Sinne unseres "Peer-to-Peer"-Ansatzes geben wir ein Wochenende lang Jugendlichen unser Wissen und die notwendigen rhetorischen Werkzeuge an die Hand, damit sie im Anschluss jüngere Klassen an ihren Schulen in Form von Workshops aufklären können.

UNSER E-LEARNING

Digitale sowie analoge Einheiten führen die Klasse durch den Sexualkundeunterricht. Ausgelegt für etwa 3-4 Doppelstunden können die Basis- und Expertenmodule auch einzeln bearbeitet werden. Somit bietet das E-Learning der Lehrkraft maximale Flexibilität in der Unterrichtsgestaltung.

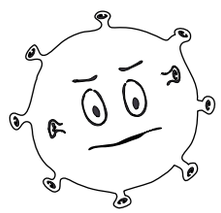
UNSER E-LEARNING IST KOSTENLOS.

HTTPS://LERNEN.FAQYOU.DE/

Gefördert durch: Bundesministerium für Gesundheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Die Aufklärungsarbeit für Schülerinnen und Schüler wird gefördert vom Bundesministerium für Gesundheit und durchgeführt von Jugend gegen AIDS e. V., Erik-Blumenfeld-Platz 27, 22587 Hamburg. Kontakt: lernen@faqyou.de

ES GIBT VIEL ZU TUN



STEPHAN LÜKE
freier Journalist

Die Forderungen sind klar: besseres Krisenmanagement, deutlicher Ausbau der Fachberatung und Zeit, Zeit, Zeit. Ein Forschungsteam hat die Folgen der Corona-Pandemie mit Blick auf die Gesundheit der pädagogischen Fach- und Leitungskräfte in Kitas unter die Lupe genommen. Es sieht Handlungsbedarf.

Eigentlich saßen Kita-Leitungen, aber auch die Erzieherinnen und Erzieher, zwischen allen Stühlen“, lautet die Bilanz von Prof. Susanne Borkowski (Hochschule Magdeburg) und Katrin Lattner (Uni Leipzig). Gemeinsam mit Prof. Petra Strehmel (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg) und Annalena Otto (Studentin an der Uni Erfurt) haben sie im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit zwölf nationale Studien ausgewertet, um herauszufinden, wodurch und wie stark das Personal in Kitas durch die Pandemie belastet worden ist.

Die Ergebnisse alarmieren: Viele Leitungskräfte, aber auch ihre Mitarbeitenden fühlen sich zermürbt, emotional erschöpft, zerrieben zwischen den Erwartungshaltungen. Ihr eigener Anspruch wirkt sich besonders negativ auf die Gesundheit aus: Allen Widrigkeiten zum Trotz möchte die große Mehrheit der Beschäftigten weiterhin dem Auftrag gerecht werden, Kinder zu bilden und zu betreuen, Eltern zu entlasten, ihnen die Möglichkeit zu geben, weiterhin Job und Familie unter einen Hut zu bringen.

Spannungsfeld mit unheilvollen Folgen

Für die Leitungskräfte eine besondere Herausforderung: „Einerseits wollten sie dieses Ziel, das im Übrigen auch die Eltern eingefordert haben, erreichen, andererseits mussten sie sich und ihre Fachkräfte schützen“, sagen Borkowski und Lattner. Ein starkes Spannungsfeld mit unheilvollen Folgen: Schlafstörungen, Konzentrationsmängel, Müdigkeit, das Gefühl von Hilflosigkeit, Nervosität und die Sorge vor dem, „was als Nächstes kommt“, haben sich in den Kita-Teams breitgemacht.
Verstärkt wurden die Effekte durch die Erfahrung, in wesentliche Entscheidungen nicht eingebunden worden zu sein. „Die Basis ist zu wenig gefragt worden, etwa, wenn es um Hygiene- und Schutzmaßnahmen ging. Das führte zu Praxisferne und machte die Umsetzung schwieriger“, fassen die Wissenschaftlerinnen die Erkenntnisse der Studien zusammen. Nicht selten kam es vor, dass pünktlich zum Dienstschluss am Freitag eine Mail einer Behörde eintraf, „man solle …“. Und wieder war

Fortsetzung auf Seite 25 >>>

WÄHREND DER KITA-SCHLIESSUNGEN IN DER CORONA-PANDEMIE WAREN DIE ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER BESONDERS BELASTET.

Foto: IMAGO/Petra Schneider

>>> Fortsetzung von Seite 24

ein Wochenende gelaufen, Eltern mussten informiert, Dienstpläne angepasst, die Fachkräfte kontaktiert werden. Lattner und Borkowski: „Wundert sich da jemand, dass sich Erschöpfung und auch eine Spur Resignation breitmachen?“ Zumal viele, so ein weiteres Ergebnis, sich als „kleines, mitunter unwichtiges Rad in der Bildungs- und Betreuungskette“ empfanden: „Alle und alles war wichtiger als wir.“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung möchte daran etwas ändern, will die Missstände und ihre Folgen aufzeigen, aber auch Handlungsempfehlungen aussprechen. Eine Forderung richtet sich an die Träger. Borkowski und Lattner: „Dem Krisenmanagement muss ein viel höherer Stellenwert eingeräumt, Gesundheitsförderung und Prävention müssen ausgebaut werden.“ Aus den Studien haben die Wissenschaftlerinnen herausgelesen, dass es in jenen Einrichtungen reibungsloser lief, deren Träger vorausschauend Unterstützungssysteme etabliert hatten. „Das ermöglichte, zu agieren statt zu reagieren.“ Nach ihrer Ansicht müssten die Träger schon aus Eigeninteresse für bessere Bedingungen sorgen: „Sie müssen angesichts des massiven Fachkräftemangels diejenigen, die sie haben, an sich binden.“

Vorschläge zur Verbesserung

Gelingen könne dies unter anderem durch mehr Fortbildungen, aber auch eine stärkere Vernetzung der Leitungskräfte zum besseren Erfahrungsaustausch. Deutlich ausgebaut werden müsse die Fachberatung. Das Forscherteam berichtet von einer Kita aus Sachsen, die ihre Fachberatung zuletzt vor sieben Jahre gesehen habe. Und noch eine Forderung stellen die Wissenschaftlerinnen auf: Kita-Leitungen, Erzieherinnen und Erzieher benötigen Zeit. Viel Zeit – und mehr Personal. Auch, um sich neu zu sortieren, eine gemeinsame pädagogische Linie etwa an Teamtagen zu entwickeln. Schließlich sah man sich „gefühlt“ ewig nur aus der Entfernung, konnte den Kontakt und Austausch kaum aufrechterhalten, auch weil häufig keine ausreichende Internetverbindung vorhanden war. Borkowski und Lattner: „Und dabei ist die Kita die erste Institution in unserem Bildungssystem.“ ■

Foto: IMAGO/Alexander Limbach

BIG DATA IM BILDUNGSBEREICH

BIRGITA DUSSE
Referentin „Bildung in der digitalen Welt“,
GEW-Organisationsbereich Schule

Das Gutachten „Digitalisierung im Bildungssystem“ der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) lässt aufhorchen.

Frank Gilbreth, einer der Apologeten „wissenschaftlicher Betriebsführung“, filmte seine zwölf Kinder so lange beim Abspülen, bis die effizienteste, wirksamste Methode gefunden war. Er hatte eine Art Algorithmus entdeckt, eine genau festgelegte optimale Abfolge von Einzelschritten zur Lösung eines Problems.

Die SWK überträgt nun in ihrem Gutachten „Digitalisierung im Bildungssystem“ die Logik betriebswirtschaftlicher Effizienzkriterien und zweckrationalen Denkens auf den Bildungsbereich. Im Zentrum stehen „erfolgreiche Lehr- und Lernprozesse in einer digitalisierten Welt“, die im Gegensatz zum Bildungsbegriff quantifizierbar, datentechnisch erfassbar, messbar und optimierbar sind. Das Gutachten zeigt eine Engführung auf „Digitale (Medien-) Kompetenz“, Lernwirksamkeit und Datafizierungspotenziale, der Einfluss der Gesellschaft für Informatik (GI) wird deutlich. Die SWK nimmt dabei für sich in Anspruch, wissenschaftsbasiert/evidenzbasiert zu argumentieren, repräsentiert aber im Kern eine bestimmte Richtung: die empirische Bildungsforschung. Andere Ansätze wie die Medienpädagogik oder Critical data studies werden ausgeblendet.
Für den Kita-Bereich empfiehlt die SWK, „Digitale Medienbildung“ und elementarinformatische Bildung in allen Bildungs- und Orientierungsplänen der Bundesländer zu verankern. In der Grundschule sollen informatische Inhalte im Rahmen des Sachkundeunterrichts behandelt werden, ab der Sekundarstufe I in einem Pflichtfach Informatik. Für die berufliche Bildung werden zumindest auch kritisch-reflexive Kompetenzen im Zusammenhang mit Digitalisierung genannt. Aber das Prüfungswesen an beruflichen Schulen wie an Hochschulen soll weiter digitalisiert und Prüfungsdaten sollen für „Qualitätsmonitoring“ abgeschöpft werden.

Gefahr von Eingriffen in Persönlichkeitsrechte der Lernenden

Zudem fordert die Kommission, im Bildungsbereich gesammelte Daten stärker zu nutzen. Zentren digitaler Bildung sollen Learning Analytics, zum Beispiel Intelligente Tutorielle Systeme, also durch Künstliche Intelligenz (KI) gesteuerte Anwendungen zur Diagnostik entwickeln. Die SWK zeichnet das Szenario eines auf Algorithmen gestützten Unterrichts, der tiefgreifende Veränderungen und Eingriffe in Persönlichkeitsrechte der Lernenden, in das Professionsverständnis der Lehrenden und den Umgang zwischen Lernenden und Lehrenden hätte. Dies wirft Fragen auf: Wollen wir KI-gestützten Unterricht? Wie weit ist es vom digitalen Unterricht zur digitalen Lehrkraft? Welche Rationalisierungsszenarien stecken in den Forderungen?

Digitalisierung im Bildungswesen braucht Mitbestimmung.

Die GEW macht sich für eine datenpolitische Bildung stark, die Wissen über Algorithmen – eingebettet in soziale Bezüge – vermittelt, um die Blackbox Digitalisierung zu decodieren und demokratisch zu gestalten. Lernende und Lehrende benötigen hierzu informatisches, aber auch instrumentelles, analytisches und strukturelles Wissen über die Prozesse und Akteure. Schule braucht Zeit und Möglichkeiten, um kreativ mit Medien zu experimentieren und diese didaktisch sinnvoll einzusetzen. Von diesen Bezügen und Möglichkeiten der Digitalisierung erfährt man im Gutachten leider wenig. Stattdessen präsentiert es Informatik, KI-basierte Diagnostikverfahren und Datamining als die Lösung der Digitalisierung im Bildungswesen.
Ein Beschluss des diesjährigen GEW-Gewerkschaftstages zu Learning Analytics, Algorithmen und Big Data fordert Transparenz bei behördlich eingeführten technologischen Systemen im Bildungsbereich. Wenn pädagogische Prozesse, Lernsettings, Diagnostik, Forschung oder personenbezogene Auswertungen algorithmisch gesteuert werden, müssen die Grundlagen der dahinterstehenden Algorithmen verständlich offengelegt werden. Automatisierte Verhaltens- und Leistungskontrollen lehnt die GEW ab. Eine politische Technikfolgenabschätzung sollte es möglichst geben, bevor digitale Technologien eingeführt werden. Die Digitalisierung im Bildungswesen braucht Mitbestimmung und eine Debatte darüber. Das Gutachten der SWK verdeutlicht, dass die Zeit drängt. ■

Literatur: **gew.de/ew-12-22**

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

Beamtenkredit - Unser neuer Tiefzins - Sensationell günstig
2,99% echter Vorteilszins ********** effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 84 Monate, 2,99% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,95% p.a., mtl. Rate 659,54 €, Gesamtbetrag 55.401,36 € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer aktueller Tiefzins - teuere Kredite umschulden, bis 50% sparen!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Echt sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

ALARMIERENDE ERGEBNISSE

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Immer mehr Viertklässlerinnen und Viertklässler können laut Bildungstrend des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) nicht gut rechnen, lesen und schreiben. Die Grundschulen brauchten dringend mehr Unterstützung, stellt die GEW fest.

Grundschülerinnen und -schüler werden in Deutsch und Mathematik zunehmend schlechter und erreichen die Mindeststandards nicht. Zugleich werden Kinder aus sozial benachteiligten und Familien mit Migrationshintergrund weiter abgehängt. Das sind zwei Erkenntnisse des IQB-Bildungstrends 2021. Die im Oktober veröffentlichte Studie war nach 2011 und 2016 die dritte Analyse dieser Art.
Die Ergebnisse seien „alarmierend“, kommentierte Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP). Kurzfristige Maßnahmen würden nicht ausreichen. „Wir waren zwar bis 2016 in einzelnen Ländern auf einem guten Weg, die Bildungschancen der Viertklässlerinnen und Viertklässler zu verbessern. Jetzt aber sind wir deutlich zurückgefallen“, sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) und schleswig-holsteinische Bildungsministerin, Karin Prien (CDU).
Laut Untersuchung sank der Anteil der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler, die den Regelstandard erreichen oder übertreffen, in beiden Fächern. Zugleich stieg der Anteil derjenigen, die den Mindeststandard nicht schaffen, in allen Bereichen – teils deutlich – an.
Der Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und erreichtem Kompetenzniveau verstärkte sich. Kinder mit Zuwanderungshintergrund verschlechterten sich mehr als Kinder ohne Migrationsgeschichte. Von Bedeutung war auch, welches technische und räumliche Lernumfeld die Schülerinnen und Schüler während des Corona-Lockdowns zu Hause hatten.

> *Jetzt rächt sich, dass der Primarbereich in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde.*
>
> ANJA BENSINGER-STOLZE,
> GEW-VORSTANDSMITGLIED SCHULE

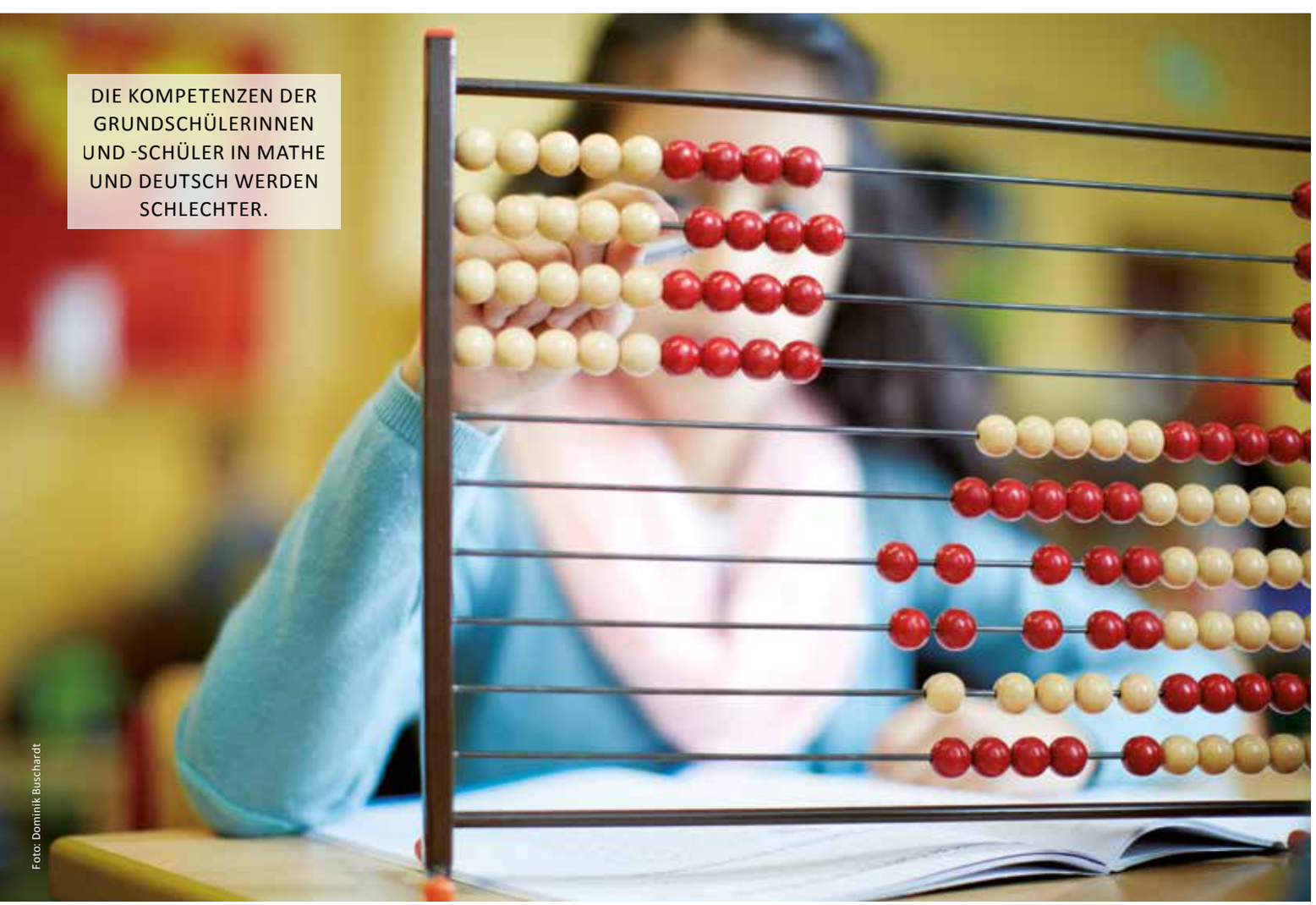
„Die Befunde zu den Leistungen der Kinder und der sozialen Schere an den Grundschulen in Deutschland sind ernüchternd und skandalös“, kommentierte GEW-Schulexpertin Anja Bensinger-Stolze die Ergebnisse. Die Gewerkschaft fordert seit langem eine Stärkung der Grundschulen. „Jetzt rächt sich, dass der Primarbereich in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde: der immer größer werdende Lehrkräftemangel, die ungleiche Bezahlung in den Bundesländern, große Klassen, fehlende Unterstützungssysteme, eine unzureichende Ausbildung – so legt man nicht die notwendigen Grundlagen für das zukünftige Leben der Kinder.“
Auch in Sachen Bildungsgerechtigkeit mahnt die GEW mehr Anstrengungen an. „Die soziale Spaltung, die sich kontinuierlich vergrößert, ist ein Skandal“, sagte Vorstandsmitglied Bensinger-Stolze und forderte: „Grundschulen brauchen jetzt Unterstützung, um soziale Ungleichheit abzubauen – flankiert von Schulsozialarbeit und Schulpsychologischem Dienst. Sie brauchen dringend gut ausgebildete und gut bezahlte Pädagoginnen und Pädagogen.“

Entsprechende Bemühungen der Bundesregierung erkennt Bensinger-Stolze kaum. Es sei verantwortungslos, das Startchancen-Programm, mit dem die Bundesregierung benachteiligte Schulen unterstützen will, unter Haushaltsvorbehalt zu stellen und den Start auf das Schuljahr 2024/25 zu verschieben. Ohnehin benötigten die Schulen Hilfen, die nicht das „Aufholen“, sondern das „Aufrichten“ in den Mittelpunkt stellten.
Die KMK räumte unterdessen Versäumnisse ein. Prien sagte, zwar hätten sich die pandemiebedingten Schulschließungen negativ auf die Lernleistungen ausgewirkt. Es werde aber auch deutlich, „dass wir zu spät im Bildungsverlauf mit systematischer Diagnostik und differenzierter Förderung beginnen. Wir investieren in Deutschland zu wenig in den Elementarbereich.“
Mit Blick auf eine immer heterogenere Schülerschaft kündigte sie an: „Wir werden uns als KMK überlegen müssen, wie wir wieder mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen können.“ ■

IQB-Bildungstrend 2021: **gew.de/ew-12-22**

IQB-Bildungstrend

Am Bildungstrend 2021 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) nahmen 26.844 Viertklässlerinnen und Viertklässler in 1.464 Schulen aus allen 16 Bundesländern teil. Untersucht wurde, inwieweit die Schülerinnen und Schüler die bundesweit geltenden Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) in Deutsch und Mathematik erreichen. Die Datenerhebung lief zwischen April und August 2021, ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie. In Deutsch wurden die Kompetenzbereiche Lesen, Zuhören und Orthografie getestet, in Mathematik fünf inhaltsbezogene mathematische Kompetenzen überprüft.
N.E.



DIE KOMPETENZEN DER GRUNDSCHÜLERINNEN UND -SCHÜLER IN MATHE UND DEUTSCH WERDEN SCHLECHTER.

Foto: Dominik Buschardt

„WIR KÖNNEN UNS KEINEN PESSIMISMUS LEISTEN“

Foto: Lutz Jäkel/laif

Wir müssen in den nächsten 20 bis 30 Jahren unsere gesamte Infrastruktur ändern, um klimakompatibel weiterhin in Wohlstand leben zu können. Wer soll das machen? Es fehlen Menschen und Qualifizierungen.

PROF. ALADIN EL-MAFAALANI,
UNIVERSITÄT OSNABRÜCK

KLAUS HEIMANN
freier Journalist

Aladin El-Mafaalani ist Professor für Bildung und Erziehung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück. Im E&W-Interview erklärt er, welche politischen Lehren aus den erschreckenden Ergebnissen des „Bildungstrends“ des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) für die Grundschulen gezogen werden müssen.

E&W: Nach den fatalen Resultaten des IQB-Bildungstrends 2021: Lassen die Bildungspolitiker die Grundschulen im Stich?

Prof. Aladin El-Mafaalani: Sie haben den Grundschulen über Jahrzehnte viel zu wenig Beachtung geschenkt. Die Schulen, aber auch die Kitas, sind strukturell unversorgt – und zwar sowohl personell als auch finanziell. Dabei sind das die entscheidenden Institutionen. Die IQB-Studie zeigt, dass die Förderung bis zum zehnten Lebensjahr wichtiger ist als die in den weiterführenden Schulen. Dies gilt im Hinblick auf die Kompetenzentwicklung in den grundlegenden Fähigkeiten genauso wie für den Ausgleich ungleicher Startchancen. Dass die Lage in Kitas und Grundschulen so desolat ist, kann man als Hinweis für eine sträfliche Vernachlässigung deuten. „Im Stich gelassen“ trifft es vielleicht gut.

E&W: Die Grundschulen waren viele Jahre das Beste, was das Bildungssystem in Deutschland zu bieten hatte: Wie erklären Sie sich den dramatischen Absturz?

El-Mafaalani: Ich würde zwei Entwicklungen besonders hervorheben: Zum einen den Fachkräftemangel, der in Kitas und Grundschulen besonders stark ist. Zum anderen den enormen sozialen Wandel, der eine Reihe Herausforderungen mit sich bringt: Wir haben grundlegende Änderungen der Familienstrukturen im Allgemeinen sowie Veränderungen der Klassengesellschaft, die eine Zunahme resignativer Milieus hervorgebracht haben. Außerdem können wir heute von superdiversen Kindheiten sprechen, das heißt, dass Kinder mit Blick auf Lebenswelt und Herkunft so unterschiedlich sind wie nie zuvor in der Geschichte. Unterversorgung und sozialer Wandel zusammengenommen führen zu diesem Absturz.

E&W: Welche konkreten Auswirkungen hat die soziale Ungleichheit unter den Schülern?

El-Mafaalani: Ungleiche Bildungschancen führen zu ungleichen Lebenschancen. Für die Gesellschaft führt das dazu, dass wir vielleicht für Jahrzehnte den Fachkräftemangel in allen Berufen und Branchen einplanen können.

E&W: Die soziale Spaltung unter den Grundschülern, hat sich kontinuierlich vergrößert. Wieso hat die Politik dieser Entwicklung tatenlos zugesehen?

El-Mafaalani: Der sogenannte Schulfrieden, ich sage eher: Waffenstillstand, im Hinblick auf das Sekundarstufensystem, zeigt schon die Schwerpunktsetzung. Da hat man sich „verkämpft“. Außerdem hat man gesamtgesellschaftlich den enormen Wandel kaum gesehen und systematisch berücksichtigt: Arbeitsmarkt, Gleichstellung der Frauen, Migration, prekarisierte Milieus, Segregation in Städten, Veränderungen zwischen Stadt und Land.

E&W: Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung befürchtet, dass die Lernrückstände langfristig den Wohlstand in Deutschland gefährden. Durchschnittlich 1,5 Prozent minus beim Bruttoinlandsprodukt über den Rest des Jahrhunderts. Teilen Sie diese Einschätzung?

El-Mafaalani: Ich würde es nicht in Ziffern ausdrücken wollen, da es auch in diesem Kontext zu sogenannten Kipppunkten kommen kann: Wenn zu dem ohnehin bestehenden Fachkräftemangel, dem Altern der Bevölkerung und den globalen Krisen auch noch zutiefst hausgemachte Probleme hinzukommen, kann das zu Verstärkungseffekten führen, die nicht linear sind. Aber dass aus diesen Befunden im Bildungsbereich für den Wohlstand in Deutschland negative Effekte ablesbar sind, kann kaum bezweifelt werden. Um nur einen Aspekt zu nennen: Wir müssen in den nächsten 20 bis 30 Jahren unsere gesamte Infrastruktur ändern, um klimakompatibel weiterhin in Wohlstand leben zu können. Wer soll das machen? Es fehlen Menschen und Qualifizierungen, aber es mangelt nicht an Geld.

E&W: Was schlagen Sie vor, um die skandalöse Lage in den Grundschulen zu verbessern?

El-Mafaalani: Finanziell eine sukzessive Steigerung, mit der wir bis Anfang der 2030er-Jahre eine Verdopplung der Bildungsausgaben erreichen. Gleichzeitig eine Schwerpunktsetzung im Bereich Kita und Grundschulen – und hier besonders in segregierten Gebieten. Der jetzt beginnende Ausbau des Ganztags ist von allen Seiten zu unterstützen: multiprofessionelle Teams, außerschulische Akteure stärker in die Schulen holen, ehrenamtliches Engagement in Kooperation mit professionellen Fachkräften als wichtigen Teil der Schule sehen, eine durchgehende Basiskompetenzförderung, um Rückstände gar nicht erst entstehen zu lassen. Und: Das Fortbildungssystem für Lehrkräfte verdient den Namen „System“ gar nicht. Das ist problematischer als das Ausbildungssystem. Mit Hochschulen zusammen Fortbildungsinstitute für alle pädagogischen und sozialen Berufe schaffen, das könnte ein Weg sein, dem entgegenzuwirken. Jetzt fragen Sie bestimmt, ob ich genug Ansätze in all diese Richtungen sehe: Ja, die sehe ich. Aber sie sind langsamer als die Entwicklung voranschreitet. Es gibt keinen Grund für Optimismus. Aber Pessimismus können wir uns nicht leisten. ■

DER DRUCK MUSS AUFRECHTERHALTEN WERDEN

Foto: Jamil Jalla

Angesichts des bundesweiten Flickenteppichs spielen GEW und Öffentlichkeit eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung eines qualitativ guten Ganztags.

MARK RACKLES (SPD),
EHEMALIGER STAATSSEKRETÄR IN DER BERLINER SENATSVERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND UND WISSENSCHAFT

INTERVIEW: ESTHER GEISSLINGER
freie Journalistin

Während der GEW-Fachtagung „Keinen Tag ohne – Qualität im Ganztag“ diskutierten Expertinnen und Experten in Göttingen darüber, wie ein professioneller und gut ausgestatteter Ganztag aussehen muss (s. E&W-Schwerpunkt „Ganztag“, Ausgabe 9/2022). E&W fragte bei Mark Rackles (SPD), Staatssekretär a. D. und heute Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, nach, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

E&W: Herr Rackles, sind Sie angesichts der Mammutaufgabe, den Ganztag in den Grundschulen zu organisieren, froh, nicht mehr in Ihrem früheren Job als Staatssekretär für Bildung im Berliner Senat zu arbeiten?

Mark Rackles: Nö. In der Anfangszeit der Corona-Pandemie wäre ich ungern in der Verantwortung gewesen, aber die Gestaltung des Ganztags sehe ich als positive Herausforderung. Der Rechtsanspruch bietet eine Riesenchance, das Projekt jetzt umzusetzen.

E&W: Bei der GEW-Fachtagung haben Sie über „Wunsch und Wirklichkeit deutscher Bildungspolitik" gesprochen. Wo sehen Sie die größten Knackpunkte?

Rackles: Generell ist das Bildungssystem extrem schwerfällig. Der Ganztag ist da nur ein Beispiel. Für die Umsetzung braucht es Gebäude, Personal, Finanzierung und einen Rechtsrahmen, und dafür sind jeweils andere Akteure zuständig. Dazu kommt die Kultusministerkonferenz (KMK) als länderübergreifende Institution.

E&W: In einem Aufsatz von 2013 nennen Sie drei Faktoren, die wichtig sind, wenn der Ganztag in einer Schule gelingen soll: Zeit, geeignete Räumlichkeiten und die Öffnung der Schule nach außen. Sehen Sie, knapp zehn Jahre später, dass Schulen und Kommunen auf diesem Weg sind?

Rackles: Für Berlin kann ich sagen, dass wir mit Rechtsrahmen und Ausgestaltung relativ weit sind, aber immer noch verbergen sich unter den Labeln offener oder gebundener Ganztag sehr unterschiedliche Modelle. Die größte Baustelle ist der Fachkräftemangel. Wenn Leute fehlen, werden Erzieherinnen und Erzieher zum Ersatz für Lehrkräfte.

E&W: Neuere Berechnungen sagen, dass bis zum Schuljahr 2029/30 bundesweit mindestens 600.000 zusätzliche Ganztagsplätze entstehen müssen, um den Bedarf zu decken. In den Städten dürfte allein die Suche nach geeigneten Räumen schwierig sein. Was raten Sie?

Rackles: Ob es bis 2029 lösbar ist, weiß ich nicht, aber der Rechtsanspruch erzeugt Druck auf die Länder. Diese sind sehr unterschiedlich weit in der Umsetzung. Das dominante Problem ist der Fachkräftemangel, dann geht es um Ausbau und Sanierung der Gebäude. Realistisch glaube ich nicht, dass alles bis 2029 zu erfüllen ist, aber man darf deshalb den Anspruch nicht aufgeben.

E&W: Personal fehlt überall. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, warnte während der GEW-Fachtagung vor einer Konkurrenz um Fachkräfte zwischen Grundschulen und Kitas. Hinzu kommt die Konkurrenz zwischen den Ländern. Gibt es eine Lösung?

Rackles: Wenn die Decke überall dünn ist, reißt sie irgendwann. Der Hebel ist die Ausbildung: Die Mehrzahl der Länder bildet nicht einmal für den Eigenbedarf aus. Alle Länder sollten aber mindestens für den Eigenbedarf ausbilden, und große noch darüber hinaus. Das ist eines der Defizite in der Arbeit der KMK: Es fehlt eine gemeinsame Strategie, das wäre Thema für einen Staatsvertrag.

E&W: Für den Aufbau des Ganztags sind verschiedene Akteure gefragt: Bund, Länder, Kommunen, Schulleitungen. Alle befürworten Ganztag, schielen aber jeweils auf die anderen Beteiligten. Was wäre der erste Schritt, um diese Blockade aufzulösen?

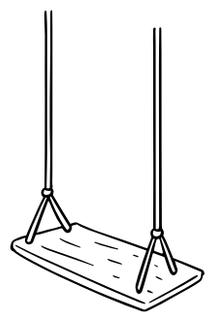
Rackles: Der erste notwendige Schritt liegt leider bereits hinter uns: Man hätte gleich Standards festsetzen müssen, was Personalschlüssel und Qualifikation angeht, auch Kriterien für die Ausstattung und Größe der Räume sind nicht definiert. Immerhin gibt es ein neues Referat Ganztag im Bundesministerium. Aber solche Runden wie hier von der GEW in Göttingen sind dazu da, an Standards zu arbeiten und politisch zu fordern. Angesichts des bundesweiten Flickenteppichs spielen GEW und Öffentlichkeit eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung eines qualitativ guten Ganztags.

E&W: Mit welcher Forderung lassen sich Politik oder die KMK zurzeit besonders nerven?

Rackles: Ich würde die Evaluation, die die KMK mit Blick auf ihre Arbeit in 2023 plant, nutzen und lautstark Ergebnisse fordern. Hinzu kommt, dass es unter der Präsidentschaft Berlins speziell um die Qualität im Ganztag gehen soll. 2023 ist ein gutes Jahr, um laut und konstruktiv zu sein.

Die Berichterstattung über die GEW-Fachtagung „Keinen Tag ohne – Qualität im Ganztag" finden Sie über: **gew.de/ew-12-22**

KINDERSEELEN GEBROCHEN



CHRISTOPH RUF
freier Journalist

Das baden-württembergische Landesarchiv hat in einem Projekt das Leid in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrien für die Jahre 1949 bis 1975 aufgearbeitet. Die Ergebnisse sind erschütternd.

Nora Wohlfarth weiß aus der eigenen Familie, welcher pädagogische Geist noch in den 1970er-Jahren in vielen Einrichtungen der Kinder- und Jugendpflege herrschte. Damals fing ihre Mutter als idealistische 17-Jährige ihre Ausbildung in einem Kinderheim in der Nähe von Stuttgart an. Und traf dort auf eine Heimleiterin, die den Kindern mit Pflasterstreifen den Mund zuklebte, wenn sie den Geräuschpegel als zu hoch empfand.
Für Wohlfarth, die zusammen mit Corinna Keunecke in einem Projekt des baden-württembergischen Landesarchivs untersucht hat, wie es in der Nachkriegszeit in Heimen der Behindertenhilfe und Psychiatrien zuging, ist das Beispiel ihrer Mutter vielsagend. „Das war einige Jahre, nachdem ‚68' einen radikalen Paradigmenwechsel in der Pädagogik eingefordert hat." Doch bis der sich flächendeckend Bahn brechen konnte, gingen eben noch viele Jahre ins Land. Jahre, in denen Kinder mit Gewalt zum Schweigen gebracht wurden. Und in denen ihnen Dinge widerfuhren, die wohl den meisten Menschen anno 2022 einen Schauder über den Rücken jagen. „Körperliche Züchtigung ist nur eine Ausprägung. Arreststrafen, Essensentzug, Kontaktsperre und Briefzensur waren weit verbreitet. Sehr häufig wird zudem von psychischer Gewalt, Demütigungen und sexualisierter Gewalt berichtet", heißt es im Abschlussbericht des „Dokumentationsprojekts Zwangsunterbringung", das von Wohlfarth und Keunecke recherchiert wurde.

Gewalt wurde durch die Strukturen systematisch begünstigt.

In der Nachfolge des Aufarbeitungsprojekts „Heimerziehung" (2012 bis 2018) untersuchten die beiden Historikerinnen, wie Menschen in ihrer Kindheit zwischen 1949 und 1975 (für Menschen aus der DDR bis Oktober 1990) in Heimen der Behindertenhilfe und in Psychiatrien untergebracht waren. Die Stiftung „Anerkennung und Hilfe", die sich aus Landes- und Bundesmitteln sowie Zuwendungen der beiden großen christlichen Kirchen speist, ermöglichte Betroffenen der Zwangsunterbrin-

gung, einen Entschädigungsantrag in Höhe von bis zu 14.000 Euro zu stellen.
Dass sich die Situation in Baden-Württemberg signifikant anders als in den anderen zehn westdeutschen Ländern darstellte, ist nicht sehr wahrscheinlich. Dazu ähneln sich die Zeitzeugenberichte aus allen Bundesländern zu sehr. Fachleute gehen davon aus, dass in Westdeutschland zwischen 1949 und 1975 bis zu 116.000 Kinder und Jugendliche in psychiatrischen Einrichtungen oder Heimen für Menschen mit Behinderung lebten.
Diese waren natürlich nicht per se und ausschließlich Orte des Leids. „Es gab auch Momente des Glücks: Freizeitaktivitäten brachten Freude, es wurden Spieleabende organisiert oder Spaziergänge und Ausflüge unternommen“, heißt es in der Dokumentation. Selbstverständlich gab es Tausende engagierte, liebevolle Pflegerinnen und Pädagogen, die alles in ihrer Macht Stehende taten, um den Kindern und Jugendlichen ein möglichst schönes Leben zu ermöglichen. „Letztlich sind aber die Strukturen entscheidender“, sagt Wohlfarth. Strukturen, denen sich in den 1970ern auch ihre Mutter beugen musste. Und Strukturen, die beispielsweise für gehörlose Menschen Lebensumstände bedeuteten, die von Sadismus und Grausamkeit geprägt waren. „Ich bin davon überzeugt, dass man als Individuum positiv wie negativ durchaus einiges bewegen kann“, sagt Wohlfarth.
So war die Gebärdensprache, die von vielen Gehörlosen als ihre eigentliche „Muttersprache“ beschrieben wird, verpönt und in fast jeder Einrichtung verboten – nicht die einzige Gemeinsamkeit, die kirchliche, staatliche und sonstige Träger in dieser Zeit aufwiesen. Betroffene, die sich mit den Stuttgarter Historikerinnen in Verbindung gesetzt hatten, berichteten zum Beispiel unisono, dass sie sich in den Heimen auf die Hände setzen mussten, um nicht erst in Versuchung zu geraten, die Gebärdensprache zu benutzen.
Im Übrigen nicht die einzige Kontinuität zur NS-Zeit. Das „Gebärden“ wurde von 1933 bis 1945 als „Affensprache“ diffamiert. Stattdessen wurde mit gröbstem Zwang versucht, die Lautsprache zu lehren. Vorm Spiegel sollten die Hörgeschädigten einzelne Buchstaben oder Worte wie „Haus“ und „Sonne“ sprechen. Sie mussten Wasser trinken und gurgeln, das sollte helfen, das „r“ zu sprechen. Gelang das nicht, wurden sie geschüttelt oder gar geschlagen.
Egal, ob in Einrichtungen der Jugendhilfe, der Psychiatrie oder solchen für behinderte Menschen: Kollektivstrafen waren überall an der Tagesordnung. Auch um zu

>>>

Wer wir sind

www.wusgermany.de

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen,** durch **Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration**, sowie die **Förderung** von **Exil**studierenden, **Exil**wissenschaftlerinnen und wissenschaftlern und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern.

Globales Lernen

Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Stellen zu entwicklungspolitischer Bildung.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren entwicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.

WUS World University Service

Alle haben das Recht auf Bildung.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Art. 26 (1)

TAFEL DEUTSCHLAND

Jedes Lebensmittel, das ungenützt im Müll landet, verschwendet Ressourcen und belastet unser Klima. Pro Jahr sind das weltweit ...

landwirt. Nutzfläche 28 % (1,4 Mrd. ha)

3,3 Mrd. t Treibhausgase

Wasserverbrauch 1.300 Mrd. m^3

1,3 Mrd. t CO_2 für Transport/Produktion

Die über 960 Tafeln in Deutschland retten Lebensmittel und geben sie an über zwei Millionen armutsbetroffene Menschen weiter. Mit ihrem Einsatz tragen 60.000 Lebensmittelretter:innen zum Klimaschutz bei. **www. tafel. de** | Quelle: FAO, WWF

IN DEN ERSTEN JAHRZEHNTEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG WAREN BEHINDERTE IN VIELEN HEIMEN WESTDEUTSCHLANDS ERNIEDRIGUNGEN UND ÜBERGRIFFEN AUSGESETZT.

Foto: IMAGO/mhphoto

verhindern, dass sich die Kinder miteinander solidarisierten. Zu den Maßnahmen in der Jugend- und der Behindertenhilfe gehörte vielerorts offenbar auch ein sehr laxer Umgang mit Psychopharmaka und anderen stark wirkenden Medikamenten.

Kollektivstrafen waren an der Tagesordnung.

Ein Opfer dieser „autoritären, rigiden Strukturen“, die Wohlfarth flächendeckend am Werk sieht, war auch die gehörlose Claudia Gerber (Name geändert), die Mitte der 1950er-Jahre in Südbaden geboren wurde. Ihre Eltern, die sich offenbar für die Beeinträchtigung ihrer Tochter schämten, brachten sie in einem Internat für gehörlose Kinder in Heidelberg unter. Dort, so berichtet Gerber, sei sie das Opfer sexueller Übergriffe durch einen Lehrer geworden.

Gerber schildert auch schier unglaubliche Bestrafungen, wenn Kinder nicht mit Freude ihr Essen aßen. „Manchmal haben sich Kinder übergeben. Was erbrochen wurde, mussten sie aber wieder essen.“ Zu vorgegebenen Zeiten hatten alle Kinder „aufs Töpfchen“ zu gehen. „Wer in 30 Minuten nicht konnte, wurde geschlagen.“ Das galt auch für diejenigen Kinder, die bei der allabendlichen demütigenden Kontrolle der Unterwäsche kein porentief reines Textil vorweisen konnten. Auch hier decken sich die Schilderungen mit vielen anderen Zeitzeugenberichten, die Ähnliches erzählen. „Eine Kindheit in der Nachkriegszeit“, bilanziert Wohlfarth, „war für viele Menschen keine schöne Zeit. Nicht in den Einrichtungen. Und sicher auch nicht in jeder Familie.“ ■

WANN KOMMT DER TARIFVERTRAG FÜR STUDIS?

VERENA KERN
Co-Chefredakteurin von klimareporter° und freie Journalistin

Hochschulen sind auf studentische Beschäftigte angewiesen. Doch ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud) wird von den Länderarbeitgebern immer noch abgelehnt. Seit Jahren versuchen die Studierenden, die GEW und ver.di, das zu ändern. Nun gibt es erste Etappensiege.

Studentische Beschäftigte sind längst eine tragende Säule des wissenschaftlichen Betriebs. Sie leiten beispielsweise Tutorien, beaufsichtigen Klausuren, werten Daten aus oder arbeiten im Labor. Damit übernehmen sie an den Hochschulen wichtige Aufgaben. Doch trotz ihrer immensen Bedeutung gibt es für die schätzungsweise 400.000 studentischen Mitarbeitenden bislang – mit Ausnahme Berlins – keinen Tarifvertrag, im Gegensatz zu anderen Hochschulbeschäftigten. Bis heute weigern sich die Länderarbeitgeber, über einen Tarifvertrag auch nur zu verhandeln. Die Folge: prekäre Arbeitsbedingungen, Unsicherheit, keine demokratische Teilhabe. „Die studentischen Beschäftigten werden nicht nur schlecht bezahlt, ihnen werden auch basale Rechte vorenthalten wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Mitbestimmung“, sagt Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung.
Seit Jahren versuchen die Studierenden, GEW und ver.di, mit den Länderarbeitgebern zu einem Tarifvertrag zu kommen – bislang erfolglos. Doch mittlerweile tut sich etwas. Bei der jüngsten Tarifrunde 2021 haben die Gewerkschaften – unterstützt durch viele Streiks der Studierenden – durchgesetzt, dass „Gespräche“ stattfinden sollen. Das ist ein Meilenstein. Aber: „Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) spielt auf Zeit“, kritisiert Keller. Denn ein Termin wurde nicht vereinbart. Und auch – noch – keine Verhandlungen. Das war zuletzt vor 30 Jahren der Fall: 1991 lag ein Tarifvertrag schon auf dem Tisch. Doch dann stellte sich die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) quer.
Nun stehen die Chancen besser. Denn auch die Proteste an den Hochschulen werden lauter. Eine bundesweit vernetzte Bewegung hat sich gebildet, es gab ein Streiksemester und eine Petition unter dem Motto „#KeineAusnahme!“. „Trotz Pandemie sind wir so weit gekommen wie noch nie“, sagt Ann-Kathrin Hoffmann vom GEW-Bundesausschuss der Studierenden (BAGS). „Die Mehrheit der Bundesländer will mittlerweile eine Verbesserung.“ Hoffmann hat bei ihrem Bachelor-Studium in Berlin erlebt, welchen Unterschied es macht, wenn regulierte Arbeitsverhältnisse Normalität sind: „Das gibt so viel mehr Sicherheit.“

Trotz Pandemie sind wir mit dem TV Stud so weit wie noch nie.

Die Bewegung hat im Sommer die Initiative ergriffen und mit einer Befragung selber für die Bestandsaufnahme zu den Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten gesorgt, die Inhalt der Gespräche mit der TdL werden soll. Die Ergebnisse der Datenerhebung werden demnächst veröffentlicht – und können als Grundlage für Verhandlungen genutzt werden.

DIE 2019 EINGEWEIHTE ZIVIL-MILITÄRISCHE SCHULE „CARIOCA“ IN RIO DE JANEIRO GEHÖRT ZU DEN LANDESWEIT MEHR ALS 200 BILDUNGSEINRICHTUNGEN DIESES TYPS.

Foto: Gudrun Fischer

FAHNENAPPELL AUF DEM SCHULHOF

GUDRUN FISCHER
freie Journalistin

Der rechtsextreme Politiker Jair Bolsonaro ist als Präsident Brasiliens abgewählt worden. Unter den Folgen seiner Politik wird das Land aber noch lange leiden. Ein Beispiel dafür sind die sogenannten zivil-militärischen Schulen, in denen Kinder und Jugendliche gedrillt werden.

Vierhundert Kinder stehen aufgereiht in Schuluniform vor einem Oberst. Er ruft Befehle. Sie schlagen die Hände an die Hosennaht. Es ist Fahnenappell an der Kennedy-Schule in Rolândia im brasilianischen Bundesstaat Paraná im Süden Brasiliens. Dann scheppert es aus einem Verstärker und die Nationalhymne erklingt. Die Kinder singen mit. Der Fahnenappell dauert eine halbe Stunde, die Kinder stehen bewegungslos in der heißen Sonne. Zivile Vize-Direktorin der Kennedy-Schule ist die Mathematiklehrerin Giovanna Barris. Sie sagt: „Immer wenn jetzt ein Kind an der Schule ungehorsam ist, wenden wir uns an die Militärs."

Die Einführung „zivil-militärischer" öffentlicher und kostenloser Schulen war ein wichtiges Wahlversprechen Bolsonaros für seine rechts-konservative Anhängerschaft. Eine dieser Schulen ist die Kennedy-Schule. Vorher war die Einrichtung eine gewöhnliche öffentliche Schule, nun patrouillieren Militärs über die Gänge und im Pausenhof. Barris blättert in einem Heftchen. Es ist das Handbuch für die neuen Regeln an zivil-militärischen Schulen. Darin stehen Sätze wie: „Die Uniform ist ein tragendes Element im Leben eines Schülers. Er darf sich mit dieser Uniform nicht auf den Boden, Treppenstufen oder Tische setzen." Oder: „Bei den Jungen muss der Haarschnitt die Ohren frei lassen. Bei den Mädchen müssen längere Haare zu einem Dutt oder Pferdeschwanz gebunden werden." Tattoos, Piercings, bunte Haare oder auffälliger Nagellack sind verboten. „Wer in einem Aufzug in der Schule erscheint, der diesen Normen nicht entspricht, hat disziplinarische Maßnahmen zu erwarten."

Das Handbuch ist 2019 vom Bildungsministerium in Brasilia entworfen worden. 216 zivil-militärische Schulen hat Bolsonaro in den vergangenen vier Jahren ins Leben gerufen. Während Schulen und Universitäten überall sonst die Mittel gestrichen wurden, stellte die brasilianische Regierung 2020 und 2021 den neuen militarisierten Schulen 60 Millionen Reais bereit, etwa zwölf Millionen Euro. Die Hälfte davon verschlang allein die Bezahlung der Militärs. Das militärische Schulpersonal besteht ausschließlich aus bereits pensionierten Armeeangehörigen. Zusätzlich zu ihrer Pension bekommen sie eine Aufwandsentschädigung, die höher ist als das durchschnittliche Gehalt einer Lehrerin oder eines Lehrers.

Bei diesem Schultypus sei die Leitung geteilt, erläutert Barris. Das zivile Personal übernehme den Unterricht. „Die Militärs kümmern sich um die Abläufe, die Disziplin, das Absingen der Nationalhymne. Sie geben die Kommandos, lassen an- und abtreten."

Militärischer Leiter der Kennedy-Schule ist Oberst José Luís de Oliveira. Er absolvierte zur Vorbereitung ein zweiwöchiges Seminar. „Wir dienten 35 Jahre lang bei der Militärpolizei. Da ging es um Kriminalität. Jetzt haben

>>>

>>> wir an der Schule eine andere Klientel. Die Schülerinnen und Schüler stehen am Anfang ihres Lebens. Wir können sie nicht so autoritär ansprechen, wie wir das mit Verdächtigen auf der Straße getan haben.“ Dennoch sei die Kontrolle der Schülerinnen und Schüler wichtig, sagt der Oberst. „Sie dürfen nicht rauchen, keinen Alkohol trinken, sie dürfen eine bestimmte Musik nicht hören, die aufrührerische Texte hat. Sie dürfen im Schulhof nicht dazu tanzen.“

Seit 37 Jahren ist die Militärdiktatur in Brasilien beendet, aber der noch bis Januar 2023 amtierende Präsident Bolsonaro steht für eine Renaissance des Militärs. Während seiner Amtszeit besetzte er über 6.000 Schlüsselpositionen in Staat und Verwaltung mit Armeeangehörigen. Einer davon ist General Eduardo Pazuello, der ohne medizinische Kenntnisse in der schlimmsten Zeit der Corona-Pandemie den Posten des Gesundheitsministers innehatte.

„Die Schülerinnen und Schüler dürfen nicht rauchen, keinen Alkohol trinken, sie dürfen eine bestimmte Musik nicht hören, die aufrührerische Texte hat. Sie dürfen im Schulhof nicht dazu tanzen.“

JOSÉ LUÍS DE OLIVEIRA,
OBERST UND MILITÄRISCHER LEITER DER KENNEDY-SCHULE IN ROLÂNDIA

Die neuen zivil-militärischen Schulen Brasiliens wurden den Eltern und Kindern allerdings nicht aufgezwungen. Die Eltern und Angestellten der Schulen durften abstimmen, die Mehrheit votierte dafür. Normale öffentliche Schulen, die 80 Prozent der Kinder Brasiliens besuchen, haben einen schlechten Ruf. Reichere Eltern schicken ihre Kinder auf teure private Schulen. Durch die bessere Ausstattung sind Bolsonaros Schulen gerade für ärmere Eltern attraktiv.

Zu ihnen gehört Monica Vilanova. Da sie nicht genug Geld für eine Privatschule hatte, gab sie ihre elfjährige Tochter auf die 2019 eingeweihte zivil-militärische Schule „Carioca“ in Rio de Janeiro. Anfangs war sie begeistert. Sie gründete einen Elternverein und kämpfte um eine Schuluniform. Man entschied sich für einen kobaltblauen schweren Stoff. Daraus entstanden lange Hosen für die Jungs und knielange Hosenröcke für die Mädchen. An der Seitennaht ein roter Streifen. Dazu kamen ein weißes Hemd und ein rotes Barett.

Im ersten Jahr verlief der Unterricht wegen der Corona-Pandemie online. Doch gleich am ersten Präsenztag im Mai 2021 kam es an der Schule zum Eklat. Einer der Militärs rief beim Fahnenappell folgende Parole: „Wir können etwas und andere nicht. Wir sind wir und der Rest ist der Rest.“ Die Kinder und Jugendlichen mussten dem Militär die Parolen nachsprechen. Als die Lehrerinnen- und Lehrer-Gewerkschaft von Rio de Janeiro ein Video von diesem Fahnenappell zugeschickt bekam, legte sie bei der Staatsanwaltschaft Klage wegen Indoktrinierung ein (s. Interview auf der GEW-Website). Die Schulbehörde berief daraufhin das zivile Direktorium der Schule ab.

Der lange Schatten Bolsonaros

Nach dem Parolen-Eklat stufte die Schulbehörde Rio de Janeiros die Anweisungen aus dem Handbuch zu Kann-Bestimmmungen herab. Immer weniger Kinder trugen daraufhin die neue Uniform. Im Unterricht kamen zudem die Rechte der LGBT-Community zur Sprache. Vilanova ist enttäuscht. „Nur wir Eltern dürfen mit unseren Kindern über solche Themen sprechen. Diese Art Werte darf eine Schule nicht unterrichten“, sagt sie. Inzwischen hat Vilanova ihre Tochter aus der Schule herausgenommen.

In den vergangenen vier Jahren gab es in ganz Brasilien etliche Berichte von Übergriffen und Gewaltandrohungen durch Militärs an zivil-militärischen Schulen. Einige Übergriffe waren zudem sexualisierte Angriffe auf Mädchen. Viele dieser Übergriffe haben nun ein gerichtliches Nachspiel. Wie es mit den Schulen weitergehen wird, ist offen. Ende Oktober setzte sich zwar Luiz Inácio „Lula“ da Silva in der Stichwahl gegen Bolsonaro durch. Im Wahlkampf versprach Lula, nach seinem Amtsantritt am 1. Januar 2023 die zivil-militärischen Schulen abzuschaffen, doch Bolsonaros Schatten ist lang, wie nicht zuletzt das knappe Ergebnis der Präsidentschaftswahl zeigt. ■

Das E&W-Interview zu diesem Beitrag mit Helenita Bezerra vom Direktorium der „SEPE“ (Sindicato Estadual dos Profissionais de Educação), der Lehrerinnen- und Lehrer-Gewerkschaft in Rio de Janeiro, finden Sie unter: **gew.de/ew-12-22**

Viel
falt.
Mediathek

www.vielfalt-mediathek.de

Bildungsmaterial gegen Rechtsextremismus,
Menschenfeindlichkeit und Gewalt.
Für Demokratie, Vielfalt und Anerkennung.

Diskriminierung im Klassenraum?
Rechte Sprüche im Seminar?

Über 2.500 Materialien zum
kostenlosen Download

› Broschüren und Bücher
› Unterrichtsmaterial und Arbeitsblätter
› Trainingsordner und Handbücher
› Audios und Videos

IDA Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V.

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

„DER ENTGRENZUNG DER ARBEIT EINEN RIEGEL VORSCHIEBEN“

Foto: privat

DER LEHRERHAUPTPERSONALRAT BEIM MINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KINDERTAGESFÖRDERUNG IN MECKLENBURG-VORPOMMERN HAT DEN PERSONALRÄTE-PREIS IN GOLD ERHALTEN.

NADINE EMMERICH
freie Journalistin

Für eine Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit der unterstützenden pädagogischen Fachkräfte (upF) an Schulen ist der Lehrerhauptpersonalrat (LHPR) beim Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern mit dem Deutschen Personalräte-Preis in Gold ausgezeichnet worden.

Wie viele Überstunden eine upF an einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern im Schnitt macht, kann Personalrat Thomas Pohl nicht konkret beziffern. Aber mit der Vor- und Nachbereitung der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern, dem Einsatz in der unterrichtsfreien Zeit, bei Schulwanderungen und -fahrten sowie in Ausnahmefällen dem Einsatz als Lehrkraft kommt so etliches zusammen.

An einigen Schulen des Landes sei die Arbeitszeit der upF auch „vernünftig“ geregelt gewesen, sagt Pohl, GEW-Mitglied im LHPR beim Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern – an vielen jedoch nicht.

Daher trat der LHPR auf Initiative der GEW-Fraktion bereits 2015 an das Ministerium heran. Ziel sei gewesen, „transparente, verlässliche und landesweit gültige, rechtssichere Regelungen“ zu schaffen, betont Pohl. Herausgekommen ist nach zähen Verhandlungen eine Dienstvereinbarung (DV), für die das Projekt am 9. November beim Schöneberger Forum in Berlin mit dem Deutschen Personalräte-Preis 2022 in Gold ausgezeichnet wurde.

upF unterstützen die Lehrkräfte beim Unterricht sowie die Schülerinnen und Schüler in ihrer allgemeinen und schulischen Entwicklung. Vor dem Hinter-

Durch die Dienstvereinbarung wird die verantwortungsvolle Tätigkeit der Kolleginnen und Kollegen sicht- und abrechenbar.

DANIEL MERBITZ,
GEW-VORSTANDSMITGLIED TARIF- UND BEAMTENPOLITIK

grund der Inklusionsstrategie des Landes werden sie in allen Schulformen immer mehr eingesetzt. In der Regel sind upF staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher.
Die Krux: In einer Kita werden Erzieherinnen und Erziehern laut Kindertagesförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern pro Vollzeitstelle fünf Stunden in der Woche für die mittelbare pädagogische Arbeit angerechnet. Ähnliches galt für die Arbeitszeit der upF an Schulen nicht. „Die Vor- und Nachbereitung wurde in die Freizeit der Kolleginnen und Kollegen geschoben“, sagte Daniel Merbitz, GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik, in seiner Laudatio.
Die am 30. September 2020 unterzeichnete Dienstvereinbarung, die am 1. August 2021 in Kraft trat, sieht unter anderem vor, dass neben der „am Kind zu leistenden Arbeitszeit“ für „sonstige Aufgaben“ pro Vollzeitstelle zunächst pauschal sechs Stunden wöchentlich zur Verfügung stehen. Regelungen gibt es auch für die Teilnahme an Schulfahrten und -wanderungen sowie die Vertretung der Lehrkraft. Nicht bewegt habe sich die andere Seite beim Thema Altersanrechnungsstunden, wie es sie in Mecklenburg-Vorpommern für Lehrkräfte ab 57 Jahren gibt, sagt Pohl.
Merbitz betonte, durch die DV werde die verantwortungsvolle Tätigkeit der upF „sicht- und abrechenbar“. Und: „Der Entgrenzung der Arbeit wird ein Riegel vorgeschoben.“ Jury-Mitglied Anne Kilian, Mitglied im Schulhauptpersonalrat beim Niedersächsischen Kultusministerium, lobte, die Anerkennung mittelbarer Zeiten sei „ein beachtliches Ergebnis, das sich einige Bundesländer als Vorbild nehmen können“.
Für Pohl geht es nun darum, die DV im Schulalltag „mit Leben zu füllen“. Nach einer Laufzeit von zwei Jahren wollen Ministerium und LHPR die Regelungen auf Angemessenheit und Wirksamkeit überprüfen.

Foto: Thomas Roese

EINEN SONDERPREIS ERHIELTEN DER GESAMTPERSONALRAT UND DIE SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG DER UNIVERSITÄT POTSDAM FÜR DIE EINFÜHRUNG UND UMSETZUNG EINER INKLUSIONSVEREINBARUNG.

Sonderpreis in der Kategorie Schwerbehindertenvertretung

Neben dem Hauptpreis hat sich die GEW über eine weitere Ehrung gefreut: Gesamtpersonalrat und Schwerbehindertenvertretung der Universität Potsdam bekamen einen Sonderpreis für die Einführung und Umsetzung einer Inklusionsvereinbarung mit Blick auf studentische Beschäftigte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Der Personalrat der Medizinischen Hochschule Hannover initiierte eine Krisenbegleitung in Form psychosozialer Hilfe für Beschäftigte, die traumatischen Arbeitserfahrungen ausgesetzt sind. Dafür wurde das Gremium mit der Auszeichnung in Bronze geehrt. Für ihren Einsatz zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen erhielt die Jugend- und Auszubildendenvertretung der Stadt Essen den Sonderpreis der DGB-Jugend.
Der Deutsche Personalräte-Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ aus dem Bund-Verlag. Er würdigt seit 2010 beispielhafte und herausragende Projekte von Interessenvertretungen im öffentlichen Dienst, die die Arbeitsbedingungen, das Arbeitsumfeld oder soziale Regelungen für die Beschäftigten verbessern.

Weitere Infos: **gew.de/ew-12-22**

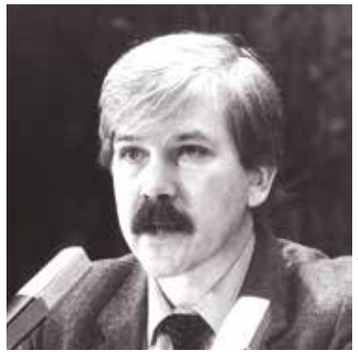


Foto: GEW-Archiv

FRANK VON AUER

EIN MEISTER DES WORTES

Frank von Auer war ein Meister des geschliffenen Wortes. Diesem Talent verdankte er wohl auch, dass er 1970 zum ersten Pressesprecher des GEW-Hauptvorstands berufen wurde. Jetzt ist er im Alter von 83 Jahren verstorben.

Frank wurde am 25. März 1939 in Tallinn geboren. Die Flucht vor der Roten Armee führte die deutsch-baltische Familie schließlich nach Frankfurt am Main. Er studierte Theologie, Politologie und Geschichte. Als Student verstand er sich als „Linker“ und „Sozialist“. Er schloss sich dem links-liberalen, sozialdemokratischen LSD (Liberaler Studentenbund Deutschlands) an; 1966 trat Frank in die SPD ein.

Die 1960er- und 1970er-Jahre waren Reformjahrzehnte in der Bildungspolitik und damit auch in der GEW. Themen waren unter anderem die Reform der Hauptschule, das 10. Schuljahr, die Gesamtschule, der Hochschulzugang.

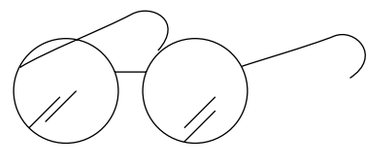
Die GEW, im Prinzip ehrenamtlich geführt, bewegte sich damals noch eher auf dem Niveau eines Lehrervereins. Es fehlte – wie man heute sagen würde – der „Wumms“. Dieser kam mit dem ersten gewählten hauptamtlichen Vorsitzenden Erich Frister. Als der Berliner 1971 an den Sitz des Hauptvorstands nach Frankfurt am Main kam, traf er auf Frank von Auer. Damit war ein kongeniales Tandem an der Spitze der Organisation geschaffen, ohne dessen Stimme jede bildungspolitische Diskussion in den 1970er-Jahren unvollständig blieb.

1977 wurde Frank in den Vorstand der GEW gewählt. Als Nachfolger des überraschend verstorbenen Generalsekretärs Ernst Reuter übernahm er die Leitung des Referates „Allgemeine Bildungspolitik“. Hier kümmerte er sich besonders um die bis dahin in der GEW vernachlässigte berufliche Bildung. Themen waren etwa das Berufsvorbereitungs- bzw. das Berufsgrundbildungsjahr. Mit dieser „Verschulung“ der Berufsbildung eckte er gleichermaßen im DGB und bei den Industriegewerkschaften sowie den Berufsverbänden an, die sich um ihren Nachwuchs sorgten.

Nach zwei Wahlperioden wechselte Frank 1983 in die Geschäftsführung der Hans-Böckler-Stiftung. Dort widmete er sich vorrangig der Mitbestimmungs-, Studien- und Wissenschaftsförderung. Die letzte Station seines engagierten Berufslebens führte ihn von 1997 bis 2002 als Sozialattaché an die deutsche Botschaft nach Israel.

STEFFEN WELZEL
ehemaliger Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

MITGLIEDERFORUM



IN WESSEN INTERESSE?

(E&W 9/2022, SEITE 34 F.: „ALLER GUTEN DINGE …“)

„UNITE behind the SCIENCE“ heißt die Parole, die in der E&W groß abgebildet ist. Der Bildtext verallgemeinert diese Forderung, ohne auf deren grundsätzliche Problematik einzugehen, und unterstellt damit, es sei doch völlig klar, hinter welchen Erkenntnissen sich die Angesprochenen zu versammeln hätten.
Deshalb frage ich die Redaktion, warum die Gewerkschaft mit der „Wissenschaft“ im Namen den Bildtext nicht dazu nutzt, daran zu erinnern, dass Wissenschaftler zu ganz unterschiedlichen Erkenntnissen kommen und es deshalb unerlässlich ist, nach den Interessen und Forschungsbedingungen zu fragen, die sich auf die jeweiligen Ergebnisse ausgewirkt haben könnten.
Ernst Wilhelm, Bamberg

WICHTIGE ARBEIT

(E&W 10/2022, SEITE 6 FF.: „DEN KRITISCHEN BLICK SCHULEN“)

In dem Artikel wird die wichtige Arbeit der Medienkompetenzzentren anschaulich dargestellt. Auch ich konnte einmal von der Arbeit eines solchen profitieren. Umso bedauerlicher ist es für uns Lehrer in Chemnitz und Umgebung, dass dieses Zentrum in Chemnitz 2020 ersatzlos aufgelöst wurde und damit eine spannende und äußerst ertragreiche Möglichkeit des Erwerbs von Medienkompetenz weggefallen ist. Darin zeigt sich für mich einmal mehr, wie viel dem Freistaat Sachsen an aufgeklärten Jugendlichen liegt.
Heike Wachs, Frankenberg (Sachsen)

PROPAGANDIST

(E&W 10/2022, SEITE 14 F.: „WELTWEIT DIESELBEN FEINDBILDER“)

Andre Wolf, „Faktenchecker“ bei mimikama.at, offenbart sich als Propagandist mit ideologischem Sendungsbewusstsein. Seine undifferenzierte Gleichsetzung der „selbsternannten alternativen, also rechtspopulistischen Medien“ ist voreingenommen.
Wolf meint: „Alle Feindbilder, die übrigens weltweit dieselben sind, tragen eine klare rechtspopulistische Handschrift.“ Er setzt „weltweit“ mit dem Westen gleich. Dass in Afrika oder China ganz andere Feindbilder vorherrschen, geschenkt. Auch sieht Wolf Wahrheit nur beim Westen: „Außerdem ist klar, dass Russland sich an gezielter Desinformation beteiligt.“
Laut nachdenkseiten.de verbreitet das ZDF im Beitrag „Gerüchte zu Nord-Stream-Sabotage: Experten: Keine Belege für US-Beteiligung“ Fake News. Unrecht haben sie damit meines Erachtens nicht. So behauptet das ZDF, eine „große Mehrheit der Experten“ sehe keine Belege für eine US-Beteiligung an dem mutmaßlichen Anschlag auf Nord-Stream 2. Das ZDF zitiert dazu allerdings lediglich einen einzigen Mitarbeiter des Kieler Instituts für Sicherheitspolitik mit laut nachdenkseiten.de „extrem vagen und oberflächlichen Einschätzungen“.
Wolf zeigt das Feindbild-Denken, das „Faktenchecker“ gern „Verschwörungstheoretikern“ vorwerfen. Vorsicht vor selbsternannten Faktencheckern. In unsicheren Zeiten wie diesen ist das Faktenchecken ein Gewinn versprechendes Geschäftsmodell.
Klemens Bott, Breitenbach

>>>

STARKE VERENGUNGSTENDENZEN

Andre Wolf, Faktenchecker bei Mimikama, vertritt die Meinung, Männer jenseits der 50 seien am anfälligsten für Desinformation, viele von ihnen hätten nicht gelernt, sich kritisch zu reflektieren. Doch wie steht es um Frauen? Sie werden nicht einmal für erwähnenswert gehalten.
Nun setzt kritische Reflektion mit den Informationen ein, die zum Beispiel die Öffentlich-Rechtlichen in Radio und TV zur Verfügung stellen. Für Wolf kein Thema!
Das traurige Fazit meiner Medienrezeption von DLF, DLF-Kultur, WDR, NDR, Welt und FAZ haben die Autoren Richard David Precht und Harald Welzer in die „Vierte Gewalt“ zutreffend beschrieben. Alternative Betrachtungen wie sie zum Beispiel im „Freitag“ vorkommen, gibt es in den genannten Medien wenig bis gar nicht.
Die in deutschen Medien dargestellte Öffentlichkeit unterliegt starken Verengungstendenzen und weicht stark ab von Realitäten und tatsächlichen Meinungsbildern.
Der Amtseid des Kanzlers und der Minister der Regierung, Artikel 56 Grundgesetz, ist allgemein bekannt!
Es darf die Frage gestellt werden, ob die Medienlandschaft ihr Publikum wahlweise erziehen oder verblöden will oder in seinen intellektuellen Ansprüchen ernst nimmt.
Ulrich Bald, Hagen

FÜR DEMOKRATISCHE WERTE

(E&W 10/2022, SEITE 22 FF.: „EINE SOZIALE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT MUSS VERHINDERT WERDEN“)

In dem Interview mit Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) ist nur von den derzeit sicherlich auch wichtigen infrastrukturellen Problemen unseres Bildungssystems die Rede. Angesichts der so bedrohlichen Entwicklung in unserer Gesellschaft, in der egozentrische und sogar schon extremistische Bestrebungen zunehmen, vermisse ich eine wenigstens kurze Bemerkung zu bildungspolitischen Zielsetzungen. Es kommt jetzt doch vor allem darauf an, die Jugend eindringlicher als bisher für unsere demokratischen Werte zu sensibilisieren und sie gegen die realen Versuchungen widerstandsfähiger zu machen. Als langjähriger Gymnasiallehrer weiß ich, dass eine nachhaltige Erziehung zu staatsbürgerlicher Verantwortung gelingen kann. Die wichtigste Voraussetzung ist eine durchgreifende Demokratisierung unserer Schulen und Universitäten mit einer tatsächlichen Orientierung an unserem so wunderbaren Grundgesetz.
Joachim Jankowsky, Nürnberg

ANPASSUNG DER DEPUTATE NÖTIG

(E&W 10/2022, SEITE 30 F.: „EIN ERFOLG DER GEW“)

Ja, auf den ersten Blick ist es ein Erfolg, dass auch Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen nach A13 bzw. E13 bezahlt werden. Zum tatsächlichen Erfolg fehlt aber noch ganz klar die Anpassung der Unterrichtsverpflichtung! Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte müssen 28 (!) Unterrichtsstunden bei Vollzeitbeschäftigung ableisten. Erst, wenn hier ebenfalls eine Anpassung geschieht, kann von gleicher Bezahlung, also einer Aufhebung der Ungleichbehandlung und somit einem Erfolg die Rede sein.
Matthias Sokoll, Brühl

SOZIALVERSICHERUNGSBETRUG

(E&W 10/2022, SEITE 43 F.: „ERFASSUNG JA – STECHUHR NEIN!“)

Als Lehrerin und langjährige Betriebsrätin, die auch mit Arbeitszeiterfassung anderer Berufsgruppen in einer Privatschule zu tun hatte, habe ich die Bedenken der LehrerkollegInnen gegen eine Zeiterfassung nie verstanden. Eine Zeiterfassung ist das Mittel, um die geleistete Arbeit der LehrerInnen sichtbar zu machen!
Es gibt inzwischen viele Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu erfassen – so zum Beispiel mit einer App auf dem Handy. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sein Urteil zur Verpflichtung der Arbeitszeiterfassung übrigens nicht aus lauter Freundschaft zu den ausgebeuteten ArbeitnehmerInnen (auch BeamtInnen sind damit gemeint) gefällt. Es geht bei diesem Urteil vielmehr um den massiven Sozialversicherungsbetrug durch die Arbeitgeber durch die „unwidersprochene Annahme“ von nicht angeordneter Arbeitszeit (auch die der BeamtInnen) sowie durch die unter PädagogInnen übliche Selbstausbeutung zum Wohle der Kinder und Schule/Einrichtung oder durch sogenannte Vertrauensarbeitszeit-Modelle. Dies ist ein volkswirtschaftlicher Schaden von immensem Ausmaß: Würde all diese nicht entlohnte Mehrarbeit bezahlt werden müssen, flösse dem Sozialversicherungssystem erheblich mehr Geld zu. Zum Wohle aller.
Wübke Sanders, Heidelberg

STOLZ AUF FRIEDRICH FRÖBEL

(E&W 10/2022, MITGLIEDERFORUM SEITE 46: „‚KINDERGARTEN‘ UND NICHT ‚KITA‘“)

Dem Leserbrief von Pia Desenik zum Thema „Kindergarten und nicht Kita“ stimme ich voll zu. Wir Thüringer

sollten stolz auf Friedrich Fröbel sein, der den ersten Kindergarten der Welt gründete. Deshalb spreche ich auch nie von einer Kita. Meine Enkelkinder besuchen einen Kindergarten. Andere Länder haben sich die Bezeichnung Kindergarten zu eigen gemacht. Wenn schon nicht in Deutschland, so sollten wir wenigstens in Thüringen die Bezeichnung Kindergarten benutzen – und auf alle Fälle in der GEW-Zeitung.

Ingrid Janetzky, Zella-Mehlis

KEIN THEMA FÜR EINE KARIKATUR

(E&W 11/2022, SEITE 48: „DIESMAL“)

Warum ist es denn komisch, wenn sich mensch bei kalten Temperaturen ein warmes Unterhemd kauft? Es ist nicht nur wegen der Energiekrise, sondern auch wegen des Klimas sinnvoll, kalte Temperaturen nicht immer mit der Heizung auszugleichen und winters wie sommers die gleiche Kleidung zu tragen. Ich finde jedenfalls, dass sich das Thema nicht für eine Karikatur eignet.

Stefanie Krebs-Pahlke, Berlin

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen. Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Ihre Anzeige in der E&W: **Tel. 0201/84300-0 · anzeigen@stamm.de**

TOSKANA
Urlaub im BIO-Weingut.
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
Tel./Fax 0039-571-408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Finca in Andalusien mit Olivenbäumen, renoviertem alten Bauernhaus und 2 Ferienhäusern aus Altersgründen zu verkaufen.
Telefon: 05171 16343
info@la-ruca.de, www.la-ruca.de

Die Quintenzirkeluhr
und UvdS-Design wünschen Ihnen eine gute Zeit
UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

www.schulorganisation.com
Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10
F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

FRIEDEN
VERBESSERT DAS KLIMA.
Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.
www.ziviler-friedensdienst.org/klimakrise

DIESMAL

Cartoon: Freimut Wössner